

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1989	
Westliche Industrieländer: Weltwirtschaftliche Expansion verlangsamt sich	1
Bundesrepublik Deutschland: Wirtschaftspolitik schwächt Expansionskräfte	11

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 1-2/89

Berlin

5. Januar 1989

56. Jahrgang

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1989

Westliche Industrieländer: Weltwirtschaftliche Expansion verlangsamt sich

Rückblick auf das Jahr 1988

Die Weltwirtschaft expandierte im Jahre 1988 sehr viel stärker, als zu Beginn des Jahres vom DIW, aber auch von anderen Institutionen unter dem Eindruck der Turbulenzen an den Finanzmärkten prognostiziert worden war. In diesen Ereignissen war ein Symptom für die Gefährdung der weltwirtschaftlichen Entwicklung durch die anhaltend hohen Leistungsbilanzsalden und die wirtschaftspolitische Reaktion hierauf gesehen worden. Ein weiteres Abrutschen des Dollarkurses, das den Export Westeuropas und Japans nochmals beeinträchtigt hätte, war nicht unwahrscheinlich, und ein wirksames Gegensteuern der wirtschaftspolitischen Instanzen konnte zumindest in Westeuropa nicht erwartet werden. In den USA bestand zudem die Gefahr, daß der Federal Reserve Board einem weiteren Dollarkursverfall schließlich durch eine restriktive, zinssteigernde Geldpolitik entgegenwirken und dadurch die Konjunktorentwicklung erheblich dämpfen würde.

Tatsächlich erwies es sich jedoch schon bald, daß diese Gefährdungen weit überschätzt worden waren. Der Dollarkurs sank nicht weiter, sondern stieg zeitweilig sogar wieder. Hierzu trug einmal bei, daß 1988 eine Verringerung des hohen amerikanischen Leistungsbilanzdefizits gelang, das in den Jahren davor ständig gestiegen war. Zum anderen wurde der Dollarkurs durch ein leicht steigendes Zinsniveau in den USA gestützt. Dies war aber nicht Folge einer restriktiveren Geldpolitik des Federal

Reserve Board, sondern vor allem Ausdruck einer stärker als erwartet wachsenden Wirtschaft. Das Vertrauen in die weitere Expansion nahm deshalb wieder zu, und die Befürchtung, die amerikanische Wirtschaft würde in eine Rezession abgleiten, schwand. Ein wieder größerer Teil des Leistungsbilanzdefizits wurde durch den Zustrom privaten Kapitals finanziert, und dies wirkte ebenfalls stabilisierend auf den Dollarkurs.

Entscheidender Expansionsfaktor in den USA war 1988 die kräftige Ausweitung des Exports, der damit stark verzögert auf die beträchtliche Dollarabwertung seit Frühjahr 1985 reagierte. Gestützt wurde die Expansion zudem durch die Entwicklung der Inlandsnachfrage, auch wenn diese hinter der Zunahme der Auslandsnachfrage weit zurückblieb und damit eine Verbesserung der Leistungsbilanz ermöglichte. Anders als Anfang 1988 prognostiziert, schwächte sich die Binnennachfrage aber nicht stark ab. Hierfür gab das wirtschaftspolitische Verhalten den Ausschlag. Die Geldpolitik behielt ihren — wenn auch gemäßigt — expansiven Kurs bei. Nicht nur der private Verbrauch nahm kräftiger zu als erwartet, auch die Anlageinvestitionen der Unternehmen stiegen beträchtlich. Damit wurden verstärkt Kapazitäten aufgebaut, und es wurde verhindert, daß die gesamtwirtschaftliche Expansion durch die Herausbildung von Produktionsengpässen empfindlich beeinträchtigt wurde. So war auch ein weiterer Abbau der Arbeitslosigkeit möglich.

In Westeuropa war das Wirtschaftswachstum ebenfalls stärker als erwartet. Bei in den meisten Ländern weiterhin

**Die Zahlungsbilanzen der einzelnen Wirtschaftsräume
in Mrd. US-\$ zu jeweiligen Wechselkursen**

	1983	1984	1985	1986	1987	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾	1983	1984	1985	1986	1987	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾
	Vereinigte Staaten von Amerika							Sonstige Industrieländer²⁾						
Leistungsbilanz	-46,3	-107,1	-116,4	-138,8	-154,0	-128,0	-115,0	-2,9	-2,4	-0,1	-14,3	-13,7	-20,5	-24,0
Handelsbilanz	-67,1	-112,5	-122,2	-144,5	-160,3	-120,0	-104,0	16,8	20,4	19,2	8,0	10,7	6,5	4,0
Dienstleistungsbilanz	30,3	17,6	21,0	21,0	19,7	4,0	0,0	-18,3	-21,3	-20,1	-21,6	-25,5	-27,5	-29,5
Übertragungsbilanz	-9,5	-12,2	-15,3	-15,3	-13,4	-12,0	-11,0	-1,4	-1,6	0,7	-0,8	1,1	0,5	1,5
Kapitalbilanz ⁵⁾	40,3	105,3	127,7	111,9	105,2	97,5	.	5,4	3,9	9,7	22,0	35,0	21,5	.
langfristiger Kapitalverkehr	-1,7	38,4	74,2	72,7	28,6	.	.	-4,2	-0,7	-6,9	20,2	11,4	.	.
kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	42,0	66,9	53,6	39,2	76,6	.	.	9,6	4,6	16,6	1,8	23,7	.	.
Devisenbilanz	6,0	1,8	-11,3	27,0	48,7	30,5	.	-2,5	-1,5	-9,6	-7,7	-21,3	-1,0	.
Währungsreserve ⁷⁾ ⁸⁾	4,5	0,3	-7,3	-5,6	2,4	-3,5	.	-1,3	-1,3	-9,2	-7,5	-20,9	-1,5	.
Position beim Weltwährungsfonds ⁹⁾	-3,7	-0,8	-2,1	-0,9	-1,5	3,0	.	-0,7	-0,3	-0,4	-0,3	-0,5	0,5	.
Devisenverpflichtung gegenüber Währungsbehörden	5,3	2,4	-2,0	33,5	47,8	31,0	.	-0,5	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	.
	Japan							Entwicklungsländer³⁾						
Leistungsbilanz	20,8	35,1	49,2	85,8	87,0	79,0	79,0	-39,5	-11,5	-3,5	-13,6	16,3	17,5	14,5
Handelsbilanz	31,5	44,3	56,0	92,8	96,5	93,0	93,5	35,4	64,1	60,8	34,8	60,0	54,0	48,0
Dienstleistungsbilanz	-9,1	-7,8	-5,2	-4,9	-5,8	-9,0	-8,5	.	.	.	.	.	.	.
Übertragungsbilanz	-1,6	-1,4	-1,7	-2,1	-3,7	-5,0	-6,0	-74,9	-75,6	-64,3	-48,4	-43,7	-36,5	-33,5
Kapitalbilanz ⁵⁾	-19,6	-33,3	-48,8	-70,2	-48,1	-70,5	.	40,4	20,6	12,8	0,8	7,9	.	.
langfristiger Kapitalverkehr	-18,7	-50,0	-63,3	-132,1	-134,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.
kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	-0,9	16,7	14,5	61,9	85,9	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenbilanz	-1,2	-1,8	-0,4	-15,6	-38,9	-8,5	.	-0,9	-9,1	-9,3	12,8	-24,2	.	.
Währungsreserve ⁷⁾ ⁸⁾	-1,1	-1,9	-0,1	-15,4	-38,2	-8,0	.	2,8	-9,1	-7,9	13,5	-22,4	.	.
Position beim Weltwährungsfonds ⁹⁾	-0,1	0,1	-0,2	-0,2	-0,7	-0,5	.	-3,8	0,0	-1,4	-0,7	-1,8	.	.
	Bundesrepublik Deutschland							Restsalden⁴⁾						
Leistungsbilanz	5,4	9,8	17,0	39,8	45,4	51,0	57,0	64,1	73,8	51,5	29,8	26,7	28,0	20,5
Handelsbilanz	21,4	22,3	28,5	55,7	70,0	78,0	87,5	-13,1	-15,9	-22,6	-31,3	-37,2	-50,0	-61,5
Dienstleistungsbilanz	-6,2	-2,2	-1,6	-3,5	-8,7	-9,0	-12,5	.	.	.	.	.	.	.
Übertragungsbilanz	-9,9	-10,4	-9,9	-12,5	-15,9	-18,0	-18,0	77,2	89,7	74,0	61,2	63,9	78,0	82,0
Kapitalbilanz ⁵⁾	-7,0	-13,3	-13,7	-35,9	-18,9	-68,5	.	-68,4	-69,1	-50,1	-9,3	-2,9	.	.
langfristiger Kapitalverkehr	-3,2	-6,8	-4,8	14,6	-13,6	.	.	.	.	.	.	.	.	.
kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	-3,8	-6,5	-8,9	-50,5	-5,3	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenbilanz	1,6	3,5	-3,3	-3,9	-26,5	17,5	.	4,3	-4,7	-1,4	-20,5	-23,8	.	.
Währungsreserve ⁷⁾ ⁸⁾	2,5	2,5	-4,4	-7,3	-27,7	18,0	.	.	.	.	.	.	.	.
Position beim Weltwährungsfonds ⁹⁾	-0,2	0,2	-0,2	-0,5	0,0	0,5	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenverpflichtung gegenüber Währungsbehörden	-0,7	0,8	1,3	3,9	1,2	-1,0	.	.	.	.	.	.	.	.
	EG ohne Bundesrepublik Deutschland													
Leistungsbilanz	-1,6	2,4	2,4	11,4	-7,7	-27,0	-32,0	.	.	.	.	.	.	.
Handelsbilanz	-24,9	-22,6	-19,8	-15,4	-39,8	-61,5	-67,5	.	.	.	.	.	.	.
Dienstleistungsbilanz	24,6	24,8	23,5	31,4	36,6	40,0	42,0	.	.	.	.	.	.	.
Übertragungsbilanz	-1,2	0,2	-1,2	-4,6	-4,6	-5,5	-6,5	.	.	.	.	.	.	.
Kapitalbilanz	10,5	-9,6	4,0	14,4	48,7	25,0	.	.	.	.	.	.	.	.
langfristiger Kapitalverkehr	-1,9	-14,1	-16,7	-54,5	36,2	.	.	.	.	.	.	.	.	.
kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	12,4	4,5	20,7	68,9	12,5	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenbilanz	-8,9	7,2	-6,5	-25,8	-41,0	2,0	.	.	.	.	.	.	.	.
Währungsreserve ⁷⁾ ⁸⁾	-9,9	-1,8	-8,7	-19,3	-69,7	-1,5	.	.	.	.	.	.	.	.
Position beim Weltwährungsfonds ⁹⁾	0,3	-0,2	-1,2	-1,9	-1,7	1,5	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenverpflichtung gegenüber Währungsbehörden	0,7	9,1	3,4	-4,6	30,4	2,0	.	.	.	.	.	.	.	.

¹⁾ Geschätzt. — ²⁾ Norwegen, Schweiz, Schweden, Österreich, Finnland, Island, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika. — ³⁾ In der Abgrenzung des DIW. Siehe Wochenbericht 49/88. — ⁴⁾ Restsalden enthalten nicht erfaßte Länder. Vor allem aber ergeben sie sich aus statistischen Asymmetrien, die auch dadurch zustande kommen, daß in den Entwicklungsländern nicht deklarierte Einnahmen im Außenwirtschaftsverkehr und illegal transferiertes Kapital von deren Zahlungsbilanz nicht erfaßt werden. Die Summe der Kapital- und die der Devisenbilanzen ergibt in der Tabelle nicht 0, vielmehr entspricht sie der Änderung der nicht gesondert ausgewiesenen Devisenverpflichtungen von Hartwährungsländern. — ⁵⁾ Nettokapitalexport (-), -import (+). — ⁶⁾ Einschl. statistischer Diskrepanz. — ⁷⁾ Gold- und Devisenhaltung der Währungsbehörden. — ⁸⁾ Bestandszunahme (-), -abnahme (+). — ⁹⁾ Einschl. Sonderziehungsrechte.

Quellen: IMF, International Financial Statistics.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1987 in vH		BSP real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Preise ³⁾		
	BSP	Ausfuhr der BRD	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
			1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989
Bundesrepublik Deutschland	9,2		1,8	3,5	2,5	3,1	4,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Frankreich	7,2	14,8	2,3	3,5	2,5	3,4	3,5	2,5	2,5	2,5	3,0
Italien	6,2	10,7	3,1	3,5	3,0	4,7	4,0	3,5	5,6	5,0	5,5
Großbritannien	5,6	10,7	4,4	5,0	2,5	4,3	7,5	3,0	4,9	6,0	6,0
Spanien	2,4	3,4	5,2	4,5	4,0	7,7	6,0	5,0	5,7	5,0	5,5
Niederlande	1,7	10,7	1,5	2,5	2,0	2,2	2,0	2,0	-1,0	0,5	1,0
Belgien	1,2	9,0	1,8	2,5	2,0	2,1	3,0	2,5	2,0	1,5	2,0
Dänemark	0,8	2,6	-1,0	0,0	1,0	-3,2	-1,0	0,5	5,0	5,0	4,0
Griechenland	0,4	1,1	-0,5	1,5	1,5	-0,4	1,5	1,5	14,0	13,0	12,0
Portugal	0,3	0,9	5,0	4,0	3,0	10,0	6,0	4,5	11,0	7,0	6,5
Irland	0,2	0,5	3,0	0,5	0,5	-0,3	-3,0	-0,5	4,0	3,5	3,0
EG	35,1		2,7	3,6	2,6	3,7	4,3	2,7	3,6	3,6	3,8
EG ohne BRD	25,9		3,0	3,6	2,6	3,9	4,4	3,0	4,1	4,2	4,5
EG ohne BRD ⁴⁾		64,4	2,6	3,3	2,4	3,3	3,8	2,7	3,4	3,5	3,8
Schweiz	1,5	7,5	2,3	2,5	2,0	4,2	3,0	2,5	2,8	3,0	3,0
Schweden	1,3	3,7	2,7	2,5	2,0	3,3	3,0	2,5	5,0	5,5	5,5
Österreich	0,9	6,6	1,5	3,5	2,5	2,7	4,0	3,0	2,5	2,0	2,0
Finnland	0,7	1,4	3,8	4,0	2,5	5,9	4,5	3,0	5,2	5,0	5,0
Norwegen	0,7	1,3	0,9	0,0	1,0	-2,4	-1,5	-1,0	7,3	5,0	3,0
Europäische Industrieländer	40,2		2,6	3,5	2,5	3,6	4,1	2,6	3,7	3,7	3,8
Europäische Industrie- länder ohne BRD	31,0		2,9	3,5	2,5	3,8	4,1	2,8	4,2	4,2	4,4
Europäische Industrie- länder ohne BRD ⁴⁾		84,8	2,5	3,2	2,4	3,3	3,7	2,6	3,4	3,5	3,7
USA	37,0	11,6	3,4	4,0	2,5	3,0	3,0	2,0	3,3	4,0	5,0
Kanada	3,4	1,1	4,0	4,5	3,0	4,7	5,0	3,5	4,3	4,0	5,0
Japan	19,5	2,5	4,3	6,0	4,5	5,1	8,0	5,0	-0,2	0,5	2,0
Außereurop. Industrieländer	59,8		3,7	4,7	3,2	3,8	4,7	3,1	2,2	2,9	4,0
Außereurop. Industrieländer ⁴⁾		15,2	3,6	4,4	2,9	3,5	4,0	2,6	2,8	3,4	4,5
Insgesamt	100,0		3,3	4,2	2,9	3,7	4,5	2,9	2,8	3,2	3,9
Insgesamt ohne BRD	90,8		3,4	4,3	3,0	3,8	4,5	3,0	2,9	3,3	4,1
Insgesamt ohne BRD ⁴⁾		100,0	2,6	3,4	2,4	3,3	3,7	2,6	3,3	3,5	3,8

1) Auf Dollarbasis. — 2) Verbrauch und Investitionen des Inlands. — 3) Deflationierungsfaktor des BSP. — 4) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Gütern und Diensten			Importe von Gütern und Diensten		
	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989
Bundesrepublik Deutschland	3,5	2,5	2,0	1,6	2,0	1,0	1,8	5,5	4,0	0,8	4,0	5,5	4,9	5,0	5,0
Frankreich	2,4	2,5	2,5	3,0	3,0	3,0	3,4	6,5	4,0	1,7	7,0	4,5	6,4	7,0	5,0
Italien	4,3	4,0	3,0	3,4	3,0	2,5	5,2	5,0	4,0	3,6	5,0	4,0	10,0	7,0	5,0
Großbritannien	5,1	5,5	3,0	0,9	0,5	0,0	5,5	9,5	6,0	5,5	3,0	5,0	7,3	11,0	6,0
Spanien	5,2	4,5	4,0	9,0	5,0	2,0	14,0	11,0	9,5	6,7	6,0	5,0	19,0	12,0	9,5
Niederlande	3,0	1,5	2,5	1,0	0,5	0,5	3,5	4,0	3,0	4,3	6,0	4,0	5,7	5,0	4,0
Belgien	2,2	2,5	2,5	-1,5	0,5	0,5	5,0	6,0	4,5	4,2	5,0	4,0	4,8	5,5	4,5
Dänemark	-1,0	0,0	1,0	1,6	1,0	1,0	-9,0	-4,0	0,5	4,9	3,5	2,5	-1,3	1,5	1,5
Griechenland	-1,0	1,0	1,0	2,5	3,0	2,5	0,0	2,0	2,0	2,5	3,5	3,5	2,0	3,5	3,5
Portugal	7,0	5,0	3,5	2,0	3,0	2,0	19,0	10,0	7,0	11,0	7,0	6,0	22,0	11,0	8,5
Irland	0,0	0,5	1,0	-3,0	-4,5	-2,0	-0,6	-3,0	0,0	15,0	11,0	6,5	10,0	7,0	5,5
EG ¹⁾	3,6	3,3	2,6	2,3	2,1	1,5	4,2	6,2	4,5	3,3	4,9	4,7	6,9	6,9	5,2
EG ohne BRD ¹⁾	3,6	3,6	2,8	2,6	2,1	1,7	5,0	6,5	4,7	4,3	5,3	4,4	7,7	7,6	5,2
Schweiz	2,0	2,5	2,0	2,3	3,0	2,5	7,6	3,5	2,0	1,7	4,5	3,5	5,4	5,5	4,0
Schweden	4,1	2,5	2,0	0,7	1,5	1,5	6,6	3,5	3,0	5,1	3,5	2,5	7,0	5,5	3,5
Österreich	2,4	3,5	3,5	0,7	0,5	0,5	1,8	4,0	2,5	1,6	7,0	5,0	4,4	7,5	5,5
Finnland	5,1	4,0	3,0	3,9	3,0	4,0	4,6	4,5	2,0	1,7	4,0	2,5	9,0	6,0	4,0
Norwegen	-2,2	-2,0	-0,5	3,7	1,0	2,5	-2,4	-1,0	1,0	0,3	2,0	4,5	-6,7	-1,0	0,5
Europäische Industrieländer ¹⁾	3,5	3,2	2,6	2,2	2,0	1,6	4,2	5,7	4,2	3,1	4,8	4,6	6,5	6,6	4,9
Europäische Industrieländer ohne BRD ¹⁾	3,5	3,4	2,7	2,5	2,1	1,8	4,9	5,8	4,2	3,9	5,1	4,2	7,0	7,1	4,9
USA	2,7	2,5	2,0	2,7	0,0	1,0	1,9	7,0	3,0	13,1	17,0	9,0	7,9	7,0	3,0
Kanada	4,7	3,5	3,0	1,6	2,5	2,0	9,6	12,0	7,0	5,9	11,0	6,0	8,6	14,0	8,0
Japan	3,9	5,0	4,0	-0,5	2,0	3,0	10,3	13,0	6,5	3,7	8,5	6,5	9,2	20,0	9,5
Außereurop. Industrieländer ¹⁾	3,2	3,3	2,6	2,0	0,6	1,5	6,1	10,0	4,8	8,8	13,2	7,7	8,3	11,0	5,2
Insgesamt ¹⁾	3,3	3,3	2,6	2,1	1,2	1,5	5,4	8,3	4,6	5,3	8,0	5,8	7,2	8,4	5,0
Insgesamt ohne BRD ¹⁾	3,3	3,3	2,7	2,2	1,1	1,6	5,7	8,6	4,6	6,1	8,7	5,8	7,6	8,9	5,0

¹⁾ Gewichte 1987 auf Dollarbasis.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

auf Konsolidierung bedachter Finanzpolitik wurde es vor allem durch die Geldpolitik gestützt. Der Konjunkturanstieg setzte sich im Verlauf des letzten Jahres zügig fort und gewann dabei noch an Breite. Charakteristisch für die Konjunkturentwicklung war, daß fast überall die Unternehmen ihre Investitionen erheblich ausweiteten. Mit den besseren Absatz- und Ertragsersparungen ist offenbar

der Attentismus gewichen, der lange die Investitionsneigung in Westeuropa beeinträchtigt hatte.

Mit der merklichen Zunahme der real verfügbaren Einkommen stieg auch der private Verbrauch weiter zügig. Insgesamt waren es die von der innereuropäischen Nachfrage ausgehenden Impulse, die die Konjunkturentwick-

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾						
	Unternehmertätig- keit und Vermögen			unselbständiger Arbeit												
	in Landeswährung												in SZR		in e.W. ³⁾	
	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1987	1988
Bundesrepublik Deutschland	4,0	10,5	5,0	3,9	3,5	3,5	2,2	6,5	2,5	2,1	0,0	1,0	11,9	-1,4	8,2	0,8
Frankreich	6,8	11,5	9,0	3,6	4,0	4,0	4,4	7,5	6,5	1,3	0,5	1,5	5,9	-2,3	1,3	-0,5
Italien	7,3	13,0	11,0	8,9	6,5	6,5	4,1	9,0	8,0	5,7	3,0	3,5	10,3	-1,1	5,7	0,8
Großbritannien	11,6	9,0	7,5	8,0	9,5	9,0	7,5	4,0	5,0	4,1	4,5	6,5	5,5	9,3	2,8	12,1
Spanien	16,7	12,0	14,0	7,5	8,0	6,0	10,3	7,0	9,5	2,2	3,5	2,0	5,2	5,7	2,2	9,9
Niederlande	-5,1	4,5	4,0	2,6	2,0	2,5	-6,5	2,0	2,0	1,0	-0,5	0,5	10,8	-1,7	6,5	0,4
Belgien	4,3	4,0	4,0	3,5	4,0	4,0	2,4	1,5	2,0	1,7	1,5	2,0	10,4	-0,7	5,6	1,5
Dänemark	-9,7	10,0	8,0	9,5	3,5	4,0	-8,7	10,0	7,0	10,6	3,5	3,0	18,7	1,3	13,8	2,5
Griechenland	14,8	17,5	16,0	13,0	12,0	11,0	15,4	15,5	14,5	13,6	10,5	9,5	6,5	0,3	2,0	0,5
Portugal	20,6	13,0	12,5	14,0	10,0	7,0	14,9	8,5	9,5	8,6	6,0	4,0	4,6	0,0	0,6	1,8
Irland	9,8	2,0	3,5	6,0	5,0	3,5	6,6	1,5	3,0	2,9	4,5	3,0	3,6	3,1	2,9	3,4
EG ⁴⁾	7,1	10,8	8,5	5,7	5,4	5,2	3,0	5,9	4,6	2,9	1,6	2,4	9,4	0,4	5,4	2,5
EG ohne BRD ⁴⁾	8,0	10,9	9,6	6,4	6,1	5,8	3,3	5,6	5,5	3,3	2,3	3,0	8,2	1,2	4,2	3,3
Schweiz	3,2	9,0	7,0	4,9	4,0	4,0	1,6	6,0	5,0	3,2	1,5	2,0	13,0	-0,3	7,7	4,9
Schweden	12,3	12,0	9,5	6,5	7,0	7,0	9,4	9,0	7,5	3,7	4,5	5,0	5,7	4,2	2,5	3,3
Österreich	3,0	9,5	4,5	4,1	4,0	4,5	1,5	6,0	2,0	2,5	0,5	2,0	12,3	-0,8	6,3	0,5
Finnland	15,0	15,5	12,0	8,0	7,0	6,0	10,8	11,0	9,0	4,0	3,0	3,5	8,8	4,3	5,1	5,1
Norwegen	-2,8	2,0	-2,5	12,0	6,0	6,0	-3,6	2,0	-3,5	11,0	6,0	5,0	10,5	5,6	7,3	4,8
Europäische Industrie- länder ⁴⁾	7,0	10,7	8,3	5,8	5,4	5,2	3,1	6,0	4,6	3,1	1,8	2,5	9,5	0,7	5,5	2,7
Europäische Industrie- länder ohne BRD ⁴⁾	7,8	10,8	9,2	6,4	6,0	5,8	3,5	5,8	5,3	3,5	2,4	3,1	8,6	1,4	4,5	3,4
USA	7,0	9,5	8,0	7,0	7,5	7,5	3,5	5,5	5,5	3,5	3,5	5,0	-6,1	-0,3	-8,7	-5,3
Kanada	8,3	10,5	8,5	7,7	8,0	8,0	4,1	6,0	5,5	3,5	3,5	5,0	-1,6	7,4	4,7	8,2
Japan	6,4	10,0	8,0	3,5	5,0	5,0	2,0	3,5	3,5	-0,8	-1,0	0,5	4,9	7,7	8,8	9,5
Außereurop. Industrie- länder ⁴⁾	6,9	9,7	8,0	6,0	6,8	6,8	3,0	4,8	4,7	1,8	1,7	3,2	-1,0	4,2	0,7	3,0
Insgesamt ⁴⁾	6,9	10,2	8,2	5,9	6,2	6,2	3,1	5,6	4,6	2,7	1,7	2,8	5,9	1,9	3,8	2,8
Insgesamt ohne BRD ⁴⁾	7,2	10,1	8,5	6,1	6,5	6,4	3,3	5,4	5,1	2,8	2,1	3,1	4,6	2,6	2,9	3,2

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoeinkommens. —
2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoeinkommens. — 3) Effektive Wechselkurse. —
4) Gewichtet mit 1987er Anteilen. Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrunde liegen.

Quellen: OECD, Economic Outlook; SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

lung bestimmten. In Frankreich hat sich die konjunkturelle Expansion im Verlauf des letzten Jahres merklich verstärkt. Dazu trug bei, daß die Investitionen kräftig stiegen. Da der Anstieg der Lohnstückkosten und die Inflationsrate seit längerem nur gering sind, nahmen dank einer verbesserten Wettbewerbsposition auch die Exporte nach mehreren Jahren erstmals wieder deutlich zu. Das Leistungsbilanzdefizit hat sich dabei etwas reduziert. Auch Italien hat seine wirtschaftlichen Probleme relativ gut gemeistert. Obwohl der private Verbrauch im Verlauf des Jahres wieder kräftig expandierte und die Ausrüstungsinvestitionen bei der günstigen Absatz- und Ertragslage in raschem Tempo stiegen, hat sich die Inflationsrate nicht erhöht. Wegen der weiter zunehmenden Zahl der Erwerbspersonen verharnte die Arbeitslosenquote allerdings auf ihrem hohen Niveau. In Großbritannien blieb das Wachstum auch 1988 hoch. Allerdings deuten hier die sich beschleunigenden Preissteigerungen und die rasche Importzunahme auf Kapazitätsengpässe hin, obwohl sich aufgrund der kräftig gestiegenen Investitionen der Kapazitätsaufbau verstärkte.

Die Leistungsbilanz Westeuropas wies wiederum einen Überschuß auf. Dies ist jedoch ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die Bundesrepublik Deutschland ihren ohnehin hohen Überschuß weiter steigerte. Besonders groß fielen die Defizite in Großbritannien und Spanien aus, wo das kräftige Wirtschaftswachstum einen starken Importsog mit sich brachte. Somit haben gerade diejenigen westeuropäischen Länder einen Beitrag zur Entschärfung der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte geleistet, die bereits zuvor mit Leistungsbilanzdefiziten zu kämpfen hatten. Mit der Zinspolitik wurde ein Aufbrechen der Spannungen im Wechselkursgefüge verhindert.

Auch für Japan war vor Jahresfrist angenommen worden, daß die Turbulenzen an den Finanzmärkten das Investitions- und Konsumklima überschatten und somit die positiven Impulse des Konjunkturprogrammes vom Herbst 1987 deutlich dämpfen würden. Offensichtlich dominierten aber die finanzpolitischen Anregungen, zumal die Geldpolitik diesen Kurs unterstützte und dank der unerwartet günstigen Welthandelsentwicklung und der Stabilisierung der Wechselkurse keine weiteren Einbußen bei den Ausfuhren hinzunehmen waren. Eine hohe Kapazitätsauslastung, niedrige Zinsen und ein freundliches Konsumklima führten zu nachhaltiger, kräftiger Steigerung der Investitionen im privaten Sektor.

Deren Anstieg wurde auch nicht durch einen zeitweiligen Rückgang des realen Sozialprodukts gestört. Dieser war primär auf die nach Abwicklung des Konjunkturprogrammes deutlich eingeschränkten Ausgaben im Wohnungsbau und bei den öffentlichen Investitionen zurückzuführen. Verstärkt wurde er durch einen verminderten Absatz von Kraftfahrzeugen in den USA, nicht zuletzt als Folge des Selbstbeschränkungsabkommens gegenüber diesem Land. Ein zunehmender Anteil der japanischen Inlandsnachfrage entfiel auf ausländische Waren; die Ein-

fuhr nahm im Jahresdurchschnitt abermals sprunghaft zu. Dies führte zu einem weiteren merklichen Abbau des realen Außenbeitrages. Auch auf Dollarbasis nahm der Leistungsbilanzüberschuß leicht ab, er ist jedoch nach wie vor enorm hoch. In dieser Durchschnittsbetrachtung kommt freilich nicht zum Ausdruck, daß die Exporte im zweiten Halbjahr wieder kräftiger, die Importe langsamer gestiegen sind. Dies ist ein Zeichen dafür, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit japanischer Unternehmen nach den wechselkursbedingten Beeinträchtigungen allmählich wieder verbessert hat.

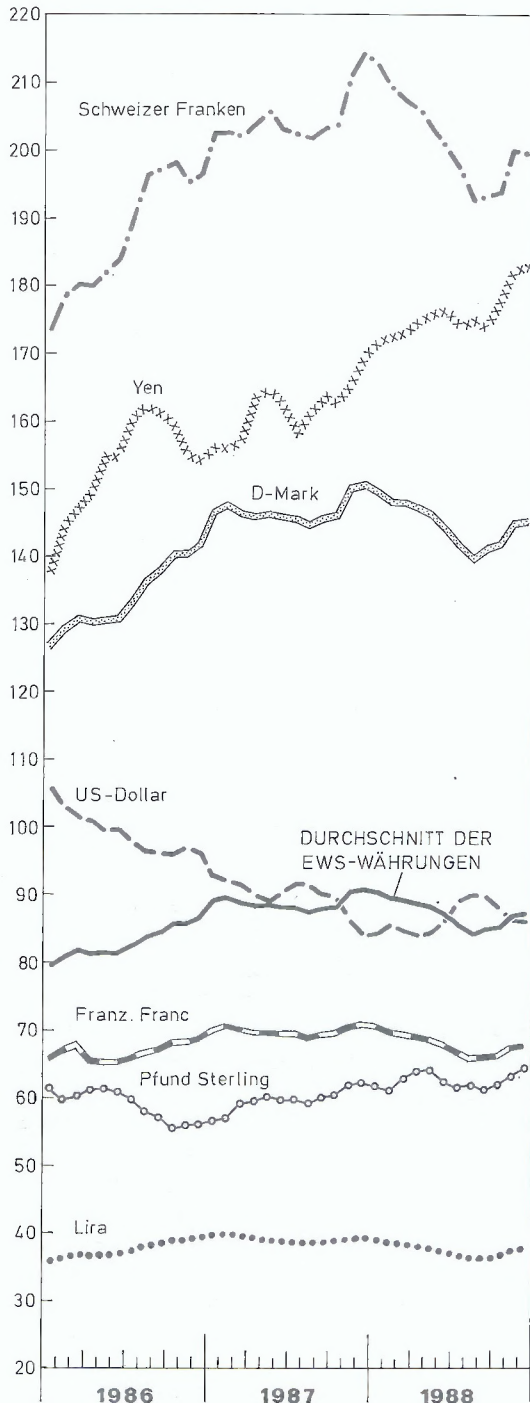
Leistungsbilanzsalden stellen Wirtschaftspolitik weiterhin vor Probleme

Im Jahre 1988 hat sich die Zahlungsbilanzsituation weltweit etwas entspannt. Veränderten sich die Leistungsbilanzsalden 1989 im gleichen Maße wie 1988, würden zwar die Defizite und Überschüsse wichtiger Länder noch relativ hoch sein. Nach den Erfahrungen von 1988 würde dies jedoch kaum zu größeren Währungsunruhen führen. Nun sind allerdings erhebliche Zweifel angebracht, ob die Verminderung dieser Salden sich mit dem bisherigen Tempo fortsetzen wird. Wahrscheinlicher ist vielmehr, daß sie sich 1989 verlangsamt. Dies legt die Schätzung der Zahlungsbilanzen in ihrem internationalen Zusammenhang nahe. Der wichtigste Gegenposten zum amerikanischen Leistungsbilanzdefizit, der Leistungsbilanzüberschuß Japans, wird 1989 wohl nicht mehr zurückgehen, und der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik Deutschland wird weiter steigen. Zunehmen wird allerdings wiederum — wenn auch schwächer als 1988 — das Leistungsbilanzdefizit der übrigen Industrieländer, und der Leistungsbilanzüberschuß der Entwicklungsländer insgesamt wird etwas sinken.

Damit stellt sich die Frage, wie die wirtschaftspolitischen Instanzen in den einzelnen Ländern, ganz abgesehen von protektionistischen Maßnahmen, auf diese sich verschlechternden Aussichten reagieren werden. Denkbar sind drei wirtschaftspolitische Verhaltensmuster:

- Die Wirtschaftspolitik verhält sich passiv und verläßt sich darauf, daß die Finanzierung des sich langsamer vermindernenden amerikanischen Leistungsbilanzdefizits sowie des weiter steigenden Defizits anderer Industrie- und Entwicklungsländer ohne erneute Währungsturbulenzen gelingt.
- Die Wirtschaftspolitik verläßt sich darauf, daß der Wechselkursmechanismus auf einen zu langsamen Abbau der Leistungsbilanzsalden mit einer weiteren Abwertung des Dollars und einer erneuten Aufwertung von Yen und D-Mark reagiert. Dem könnte ein Realignment im EWS folgen. Der Saldenabbau würde dadurch schließlich wieder beschleunigt. Insbesondere der Geldpolitik fiele dann aber die Aufgabe zu, Bedingungen zu schaffen, die hektischen Wechselkursauschlägen entgegenstehen.

**BEWEGUNG DER KURSE
AUSGEWÄHLTER WÄHRUNGEN
GEGENÜBER SZR¹⁾
Februar 1973 = 100**



¹⁾ Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds.

DIW89

schußländern den aussichtsreichsten Weg zur weiteren Verminderung der Leistungsbilanzsalden.

Das gegenwärtige wirtschaftspolitische Verhalten deutet nicht darauf hin, daß bereits die Auffassung vorherrscht, die Aussichten für einen Saldenabbau seien schlechter geworden. Aber selbst wenn sich diese Auffassung stärker durchsetzte, wäre ein aktiveres wirtschaftspolitisches Vorgehen kaum zu erwarten, das den Saldenabbau beschleunigen würde. Es ist eher damit zu rechnen, daß Regierungen und Notenbanken auf eine weitere Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite und, sollte dies Schwierigkeiten bereiten, auf moderate, den Saldenabbau erleichternde Wechselkurskorrekturen hoffen, als daß sie aktiv auf eine Vergrößerung des Konjunkturgefälles hinwirken. Zur reibungslosen Defizitfinanzierung müßte auch weiterhin genügend privates Kapital von den Überschuß- zu den Defizitländern fließen.

Zwar entsprechen sich im Zusammenhang der weltweiten Ausgaben-Einnahmen-Ströme Einnahmenüberschüsse und -defizite, und es entsteht in den Überschußländern gerade soviel zusätzliches Geldvermögen, wie von den Defizitländern benötigt wird. Dieses Geldvermögen wird aber nur dann in den Defizitländern längerfristig angelegt, wenn dort höhere Zinserträge locken, die durch das Wechselkursrisiko nicht ausgeglichen werden. Die Defizitländer müssen deshalb einmal für eine Zinsdifferenz gegenüber den Überschußländern sorgen, und sie müssen Wechselkursrelationen anstreben, bei denen ein gewisser Konkurrenzvorteil gegenüber den Überschußländern den Abbau der hohen Leistungsbilanzsalden erleichtert.

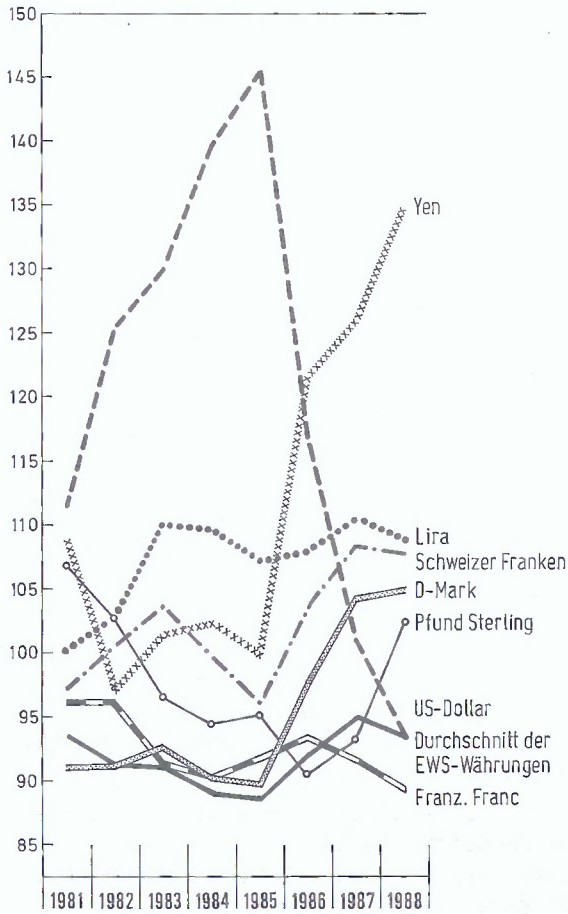
Betrachtet man die Entwicklung der Wechselkurse, und zwar die der realen effektiven Kurse¹, so zeigt sich, daß die Währung des größten Defizitlandes, der USA, seit Mitte der achtziger Jahre beträchtlich abgewertet wurde. Kräftig aufgewertet — wenn auch weniger, als der Abwertung des US-\$ entsprochen hätte — wurde dagegen die Währung des größten Überschußlandes, Japans, wogegen die Aufwertung der Währung des anderen großen Überschußlandes, der Bundesrepublik Deutschland, bescheiden ausfiel.

Der relativ starke Rückgang des realen effektiven Dollarkurses seit Mitte der achtziger Jahre — bereits unter das Niveau von Anfang der achtziger Jahre, als noch ein geringer Leistungsbilanzüberschuß erzielt wurde — spricht dafür, daß nicht mehr eine zu geringe internationale Wettbewerbsfähigkeit einem Abbau des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits entgegensteht. Die Kapitalanleger müssen deshalb weniger als in der Vergangenheit ein großes Abwertungsrisiko fürchten, so daß der Kapitalstrom in die USA von dieser Seite nicht beeinträch-

¹ Wechselkursveränderungen gegenüber den wichtigsten Handelspartnern, gewogen mit der jeweiligen regionalen Struktur des Außenhandels mit Industriegütern, bereinigt um Unterschiede in der Entwicklung der Lohnstückkosten.

— Die Wirtschaftspolitik sieht in einer Vergrößerung des Konjunkturgefälles zwischen den Defizit- und Über-

BEWEGUNG DER REALEN EFFEKTIVEN KURSE¹⁾ AUSGEWÄHLTER WÄHRUNGEN 1980 = 100



¹⁾ Lohnstückkostenbereinigte Wechselkurse, gewichtet mit den Anteilen des Außenhandels mit Industriegütern. Jahresdurchschnitt. 1988: Januar bis Juli. EWS ohne Irland.

Quelle: IMF, International Financial Statistics.

DIW89

tigt wird. Obwohl der reale effektive Yen- und D-Mark-Kurs weniger gestiegen, als der reale effektive Dollarkurs gesunken ist, liegen beide Kurse über dem Niveau von Anfang der achtziger und Ende der siebziger Jahre, als Japan und die Bundesrepublik Deutschland sogar ein Leistungsbilanzdefizit aufwiesen. Gleichwohl ist ein gewisses weiteres Wechselkursrisiko nicht auszuschließen. Dies betrifft vor allem das Verhältnis der Überschußländer zu den nicht-amerikanischen Defizitländern.

Zu Schwierigkeiten bei der Defizitfinanzierung und zu nachfolgenden Wechselkursänderungen braucht es jedoch nicht zu kommen. Ist die Zinspolitik der Notenbanken vor allem darauf gerichtet, daß eine ausreichende

Zinsdifferenz zwischen Defizit- und Überschußländern aufrechterhalten wird, so kann bei den herrschenden Wechselkursrelationen mit einer reibungslosen Finanzierung der Defizite gerechnet werden, auch wenn sich die Verringerung des amerikanischen Passivsaldo zunächst verlangsamt und die Defizite anderer Länder sogar noch — wenn auch abgeschwächt — steigen.

Nun ist es allerdings nicht gewiß, ob eine solche Zinspolitik von den Notenbanken tatsächlich betrieben wird. Das gegenwärtige geldpolitische Vorgehen läßt hier eher Zweifel aufkommen. Auf Zinssteigerungen in den USA folgen solche in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen europäischen Ländern, obwohl der Dollar tendenziell unter leichtem Abwertungs- und nicht unter Aufwertungsdruck steht. Allein die japanische Notenbank hat bisher keine Veranlassung gesehen, restriktive zinspolitische Signale zu geben. Die kräftige Expansion der japanischen Wirtschaft hat die Ertragsaussichten für Sachinvestitionen im Inland im Vergleich zu Finanzanlagen im Ausland deutlich verbessert, so daß eine zunehmende Zinsdifferenz mit dem Ziel der Wechselkursstabilisierung durchaus in Einklang steht. Die europäischen Notenbanken dagegen geben mit ihrer Politik erneut zu erkennen, daß sie leichte Wechselkurskorrekturen einer Vergrößerung des Konjunkturgefalles vorziehen. Während in den USA eine leichte Dämpfung der Expansion der Binnennachfrage durch eine weniger expansive Geldpolitik durchaus auf eine Vergrößerung dieses Gefälles zielt, hat eine straffere Geldpolitik im Überschußland Bundesrepublik Deutschland die entgegengesetzte Wirkung. Zu einer Entlastung der Defizitländer trägt das nicht bei. Damit sind aber erneut wirtschaftspolitische Konflikte angelegt, die die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können.

Prognose für das Jahr 1989

Für die Prognose wird ein wirtschaftspolitisches Verhalten in den einzelnen Ländern unterstellt, bei dem sich das Konjunkturgefälle zwischen Überschuß- und Defizitländern — gemessen an der Entwicklung der Inlandsnachfrage — wieder verringert und zwischen einigen europäischen Ländern sogar umkehrt. Es wird nicht damit gerechnet, daß die sich daraus ergebenden außenwirtschaftlichen Probleme die Defizitländer in diesem Jahr dazu zwingen werden, stark dosierte wirtschaftspolitische Dämpfungsmaßnahmen zu ergreifen und dadurch das Konjunkturgefälle wieder zu vergrößern bzw. umzukehren.

Insbesondere in den USA ist nicht mit einer solchen Wirtschaftspolitik zu rechnen. Zwar wirkt die etwas straffere Geldpolitik auf eine Abschwächung der Expansion der Inlandsnachfrage hin, um Raum für eine weitere Leistungsbilanzverbesserung zu schaffen, weniger aber die Finanzpolitik. Sind auch deren Impulse bisher schwer

abzuschätzen und müssen die Diskussionen zwischen künftiger Regierung und Kongreß abgewartet werden, so ist doch mit einer sehr restriktiven Finanzpolitik vorerst nicht zu rechnen. Aber auch wenn der durch Dämpfung der Inlandsnachfrage geschaffene Raum nur teilweise zur Ausweitung des Exports genutzt werden kann, was wahrscheinlich ist, dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion fortsetzen — wenn auch abgeschwächt.

Die zu erwartende Verlangsamung der Expansion der Auslandsnachfrage und der inländischen Konsumnachfrage wird sich negativ auf die Investitionsentwicklung auswirken. Damit wird sich das Tempo des Aufbaus moderner Kapazitäten wohl leicht verringern und folglich die Wahrscheinlichkeit einer Beschleunigung des bisher relativ langsamen Produktivitätsfortschritts sowie einer weiteren Verringerung der Arbeitslosigkeit. Zugleich vermindert sich die Chance, mit einer Beschleunigung des Produktivitätsfortschritts die Zunahme der Lohnstückkosten zu begrenzen und den Preisauftrieb von der Kostenseite zu dämpfen.

Nach wie vor bieten jedoch die relativ mäßigen Lohnsatzserhöhungen eine gewisse Garantie dafür, daß es nicht zu einer stärkeren Preissteigerung kommt, die die wirtschaftspolitischen Instanzen zu konjunkturabwürgenden Restriktionsmaßnahmen veranlassen würde. Gemessen in Sonderziehungsrechten oder effektiven Wechselkursen sind zudem die Lohnstückkosten als Folge der Dollarabwertungen in den letzten Jahren weiter zurückgegangen, die Wettbewerbsposition der amerikanischen Wirtschaft hat sich also immer noch verbessert.

In *Westeuropa* sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen so gesetzt, daß der wachstumspolitische Spielraum 1989 nicht voll genutzt werden wird. Der Abstimmungsprozeß der EG-Länder untereinander wird dem Anliegen einzelner Länder, ihren bisherigen Wachstumspfad beizubehalten, nicht gerecht. Da diese Länder jedoch aufgrund stabilitätspolitischer und anderer Bedenken eine Abwertung ihrer Währungen vermeiden wollen, können sie sich dem Druck, der von einer strafferen Geld- und Finanzpolitik vor allem der Bundesrepublik Deutschland ausgeht, kaum entziehen. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, daß sich die konjunkturelle Lage 1989 wieder verschlechtert.

Die gegenwärtige geld- und zinspolitische Diskussion orientiert sich stark an dem geldpolitischen Vorgehen in der Bundesrepublik. Wie die jüngsten Zinserhöhungen zeigen, überwiegt derzeit bei vielen europäischen Notenbanken die Ansicht, man könne oder müsse der strafferen Geldpolitik mehr oder weniger folgen. Diese Neigung wird dadurch gefördert, daß bei relativ hoher Kapazitätsauslastung der Industrie wieder Befürchtungen über eine Beschleunigung des Kosten- und Preisauftriebs gehegt werden.

Tatsächlich wird es in einigen Ländern zu einem etwas stärkeren Anstieg der Preise kommen. Für Westeuropa insgesamt ist jedoch in diesem Jahr nicht mit einer spürbaren Beschleunigung des Preisauftriebs zu rechnen. Auch die zu erwartenden Lohnabschlüsse deuten nicht auf inflationäre Impulse hin.

Ist schon von der Geldpolitik für dieses Jahr in den meisten westeuropäischen Ländern eher eine Dämpfung des Wirtschaftswachstums zu erwarten, so gilt dies erst recht für die Finanzpolitik. In fast allen Ländern wird der finanzpolitische Konsolidierungskurs beibehalten. In einigen Ländern — so in der Bundesrepublik Deutschland — wird die Finanzpolitik sogar spürbar dämpfend wirken.

Vor allem in *Frankreich* und *Italien* gibt es eine hohe Priorität, das Wachstum nicht zu beeinträchtigen. In Frankreich setzt man auf eine lebhafte Investitionstätigkeit, die die notwendigen Kapazitäten für mehr Exporte schafft und die weitere notwendige Modernisierung der Wirtschaft vorantreibt. Auch die Lage am Arbeitsmarkt spricht gegen eine wirtschaftspolitische Dämpfung der Konjunktur. In Italien gibt man der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ebenfalls großes Gewicht. Da es in den letzten Jahren möglich war, die Inflationsrate von über 21 vH auf gegenwärtig knapp 5 vH ohne fühlbare Wachstumseinbußen zu verringern, hofft man, die bisherige Wirtschaftspolitik fortsetzen zu können.

Sowohl Frankreich als auch Italien werden allerdings unter den gegebenen weltwirtschaftlichen Bedingungen 1989 ihr Wachstumstempo etwas verringern müssen. Der langsamere Anstieg der Auslandsnachfrage und die Beeinträchtigung der Inlandsnachfrage infolge der unter internationalem Druck wieder restriktiveren Wirtschaftspolitik werden sich dämpfend auf das Wirtschaftswachstum auswirken; es wird in diesem Jahr daher um 0,5 bis 1 vH-Punkte niedriger als im Vorjahr ausfallen. Bei diesem Wachstum könnte zwar die Beschäftigung noch zunehmen; zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit wird es aber kaum kommen.

Auch in *Großbritannien*, wo die Arbeitslosigkeit infolge des stärkeren Wirtschaftswachstums deutlich gesunken ist, wird sich diese Entwicklung 1989 kaum noch fortsetzen, da die wechsellkursorientierte Geldpolitik, die zu einem sehr hohen Zinsniveau geführt hat, stark restriktiv wirkt. In Spanien veranlaßt das hohe außenwirtschaftliche Defizit die Regierung und die Zentralbank ebenfalls zu einer restriktiveren Wirtschaftspolitik als in den anderen europäischen Ländern. So wird sich das Wachstumstempo hier stärker abschwächen.

Die konjunkturelle Entwicklung der großen Industrieländer strahlt auch auf die kleineren westeuropäischen Länder aus. In diesen Ländern ist zwar die außenwirtschaftliche Lage durchaus unterschiedlich. Ihnen allen ist aber eine hohe Arbeitslosigkeit gemeinsam. Sie möchten daher eine Wirtschaftspolitik vermeiden, die zu weiteren Zinserhöhungen und zu einer Dämpfung des Wirtschafts-

wachstums führt. Jedoch werden sie sich dem konjunkturellen und wirtschaftspolitischen Einfluß der großen Länder nicht entziehen können. Insgesamt wird daher auch hier das Wirtschaftswachstum etwas geringer als im Vorjahr ausfallen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Japan wird 1989 durch den privaten Konsum und die Investitionsausgaben des privaten Sektors getragen werden. Eine weiterhin günstige Einkommensentwicklung und die im letzten Jahr wirksam gewordenen Einkommensteuererleichterungen werden dazu beitragen. Ein Teil der zusätzlichen Kaufkraft der privaten Haushalte würde allerdings mit der für 1989 geplanten Einführung einer Mehrwertsteuer und den damit einhergehenden Preiseffekten verloren gehen. Für eine merkliche Steigerung der Anlageinvestitionen sprechen nicht nur die nach wie vor hohe Auslastung der Produktionskapazitäten, sondern auch günstige Finanzierungsbedingungen. Einmal erhöht sich der Selbstfinanzierungsspielraum der Unternehmen infolge der Senkung des Körperschaftsteuersatzes. Zum anderen wird die Notenbank trotz Rücksichtnahme auf die Wechselkursentwicklung ihre Geldpolitik nicht restriktiv gestalten, auch wenn sie angesichts einer — allerdings nur geringen — Beschleunigung der Preissteigerungen das Tempo der Geldmengenausweitung etwas zurückführen wird.

Anders als in den beiden vorangegangenen Jahren, in denen die öffentlichen Investitionen kräftig gesteigert und dem Wohnungsbau erhebliche Anregungen gegeben worden waren, sind von der staatlichen Nachfrage nach den Budgetentwürfen in diesem Jahr nur wenig Impulse für die Wirtschaft zu erwarten. Die Inlandsnachfrage wird auch deshalb merklich langsamer steigen als 1988.

Dies wird sich auch in der Einfuhrentwicklung niederschlagen. Zwar hat sich die Wettbewerbsfähigkeit auslän-

discher Produkte im Zuge der Dollarabwertung besonders stark verbessert. Produktivitätssteigerungen und ein vergleichsweise geringer Preisanstieg werden indes bei stabileren Wechselkursen dazu führen, daß die preisliche Konkurrenzfähigkeit der heimischen Produktion auf den Inlands- und Auslandsmärkten zunimmt. Mit der Wachstumsabschwächung bei den Handelspartnern dürften die japanischen Exporte etwas weniger stark steigen als im Vorjahr. Insgesamt besteht jedoch kaum Aussicht, den hohen Leistungsbilanzüberschuß abzubauen. Ohne neuerliche Wechselkurskorrekturen könnte dies nur im Wege eines im internationalen Vergleich anhaltend hohen Wachstums erreicht werden. Die Ausdehnung der staatlichen Nachfrage im Gleichschritt mit der wirtschaftlichen Entwicklung könnte dazu beitragen. Dies müßte um so leichter fallen, als Japan anders als die meisten Länder Budgetüberschüsse verzeichnet.

Der Konjunkturaufschwung in den Industrieländern regte den Welthandel erheblich an. Auch viele Entwicklungsländer importierten verstärkt. Dagegen haben die Einfuhren der Erdölexportländer bei spürbar gesunkenen Rohölpreisen wohl nicht expandiert. Insgesamt dürfte der reale Zuwachs des Welthandels 1988 annähernd 8 vH betragen haben. Dabei ist es schwierig, die Welthandelsexpansion genauer zu erfassen und den Weltregionen zuzuordnen. Dies gilt um so mehr, als 1988 statistische Umstellungen die Einschätzung der Handelsentwicklung in Westeuropa erschweren, auf das fast die Hälfte der Außenhandelsumsätze in der Welt entfällt. Aufgrund der sich abschwächenden konjunkturellen Expansion wird die reale Zunahme des Welthandels 1989 nur noch bei etwa 5 vH liegen. Dabei ist die Abschwächung allerdings geringer, als dies in den Zahlen für die Jahresdurchschnitte 1988/89 zum Ausdruck kommt, da die laufende Anstiegsrate 1988 bereits unter dem Jahresdurchschnitt lag.

Bundesrepublik Deutschland: Wirtschaftspolitik schwächt Expansionskräfte

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hat im Jahre 1988 alle um den Jahresbeginn herum veröffentlichten Prognosen weit übertraffen. Das DIW hatte eine Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts von 1 vH prognostiziert¹, ein Ergebnis, das sich aus den damals als wahrscheinlich angesehenen Rahmenbedingungen ergab. Vor einem Jahr war nur wenig von den Nachwirkungen der Börsenturbulenzen vom Oktober 1987 bekannt. Umfragen in anderen Ländern wie in der Bundesrepublik deuteten auf eine erhebliche Verunsicherung bei den Unternehmen und bei den privaten Haushalten hin, vor allem in den USA. Die Entwicklung des Dollarkurses entsprach bis dahin den Befürchtungen, daß es zu einer weiteren kräftigen Abwertung des Dollars kommen werde. Was vor einem Jahr begründeten Anlaß zu einer relativ pessimistischen Prognose gab, waren also vor allem ungünstige Einflüsse im außenwirtschaftlichen Bereich, die sich — in der Prognose — allerdings auch in verminderten Expansionsraten insbesondere der Investitionen in der Bundesrepublik auswirkten².

Das DIW hat solchen Perspektiven gegenüber aber schon damals keine resignierende Haltung eingenommen. In dem gleichzeitig veröffentlichten Alternativszenario wurde dargelegt, daß es mit geeigneten zusätzlichen und international abgestimmten finanz- und geldpolitischen Maßnahmen durchaus möglich erschien, ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum (2,5 vH) zu erreichen.

Nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand hat das reale Bruttosozialprodukt im vergangenen Jahr um reichlich 3 ½ vH zugenommen, also noch deutlich mehr als damals im Alternativszenario berechnet. Daß die gesamtwirtschaftliche Entwicklung um so viel besser verlief, hatte mehrere, nicht vorhersehbare Ursachen.

Die Geldpolitik entsprach dem im Alternativszenario empfohlenen expansiven Kurs, den sie, um Vertrauen bemüht, nach den Börsenturbulenzen eingeschlagen hatte. Da dies auch in den meisten anderen Industrieländern getan wurde und sich so die Erwartungen von Konsumenten und Investoren auf eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs festigten, war die Expansion der Weltwirtschaft und des Welthandels weit stärker, als angenommen worden war. Der Dollarkurs erholte sich rasch von seinem Tiefstand zur Jahreswende 1987/88 und erreichte wieder ein Niveau, von dem weniger bremsende Wirkungen auf die Exporte in den Dollarraum ausgingen. Er blieb allerdings auch niedrig genug, um einen Anstieg der Einfuhrpreise von Gütern aus den Nicht-EG-Ländern zu begrenzen und von dieser Seite her inflationäre Einflüsse fernzuhalten. In die gleiche Richtung wirkte ein niedriger und zeitweilig sogar deutlich sinkender Erdölpreis.

Die Finanzpolitik in der Bundesrepublik war etwas expansiver, als in der status quo-Prognose aufgrund der zum 1.1.1988 beschlossenen Steuersenkungen angenommen worden war; die Entwicklung der öffentlichen Investitionen entsprach etwa den Empfehlungen im Alternativszenario.

Hinzu kam der Witterungseinfluß zu Beginn vorigen Jahres, bei dem insbesondere die Produktion der Bauwirtschaft und der mit ihr verbundenen oder von ihr abhängigen Wirtschaftsbereiche nach oben gezogen wurden, mit entsprechenden Einkommenswirkungen.

¹ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1988. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1–2/1988, vom 7. Januar 1988.

² Vgl. Tabellen auf Seite 23, a.a.O.

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Absolute Werte			Veränderung in vH gegenüber Vorjahr		
	1987	1988	1989	1987	1988	1989
Bruttosozialprodukt, real (Mrd. DM)	1 643,2	1 702,53	1 742,0	1,8	3,5	2,5
Beschäftigte Arbeitnehmer (1 000 Personen)	22 643	22 805	22 980	0,9	0,5	1
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 229	2 245	2 260	.	.	.
Arbeitslosenquote ¹⁾ (vH)	9,0	9,0	9,0	.	.	.
Verbraucherpreise ²⁾	.	.	.	0,5	1,5	2,5
Leistungsbilanzsaldo ³⁾ (Mrd. DM)	80,8	89,0	96,0	.	.	.
Finanzierungssaldo Staat (Mrd. DM)	– 35,7	– 45,0	– 12,5	.	.	.

¹⁾ Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose). — ²⁾ Preisindex des privaten Verbrauchs. — ³⁾ Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: 1987 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und eigene Berechnungen; 1988 Schätzung des DIW; 1989 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Indikatoren für die Geldpolitik

	absolute Werte					Zunahme in vH gegenüber Vorjahr				
	1985	1986	1987	1988*	1989*	1985	1986	1987	1988*	1989*
Bruttosozialprodukt nominal, Mrd. DM real ¹⁾ , Mrd. DM	1 844,3 1 578,1	1 945,3 1 614,7	2 020,1 1 643,2	2 130,5 1 702,5	2 225,5 1 742,0	4,2 1,9	5,5 2,3	3,9 1,8	5,5 3,5	4,5 2,5
Güterverwendung im Inland ²⁾ nominal, Mrd. DM real ¹⁾ , Mrd. DM	1 764,1 1 493,5	1 830,7 1 546,5	1 909,0 1 594,2	2 008,5 1 657,0	2 096,0 1 692,5	2,9 0,8	3,8 3,6	4,3 3,1	5,0 4,0	4,5 2,0
Masseneinkommen ³⁾ , Mrd. DM	835,1	876,3	907,5	945,0	969,5	2,5	4,9	3,6	4,0	2,5
Verbraucherpreise ⁴⁾	120,2	119,6	120,3	122,0	125,0	2,1	-0,5	0,5	1,5	2,5
Zentralbankgeldmenge ⁵⁾ , Mrd. DM Bargeldumlauf ⁶⁾ , Mrd. DM Reservesoll ⁷⁾ , Mrd. DM	199,8 99,5 100,4	212,6 106,2 106,5	229,8 116,1 113,7	248,5 129,5 119,0	264,5 140,0 124,5	4,6 3,6 5,5	6,4 6,7 6,1	8,1 9,4 6,7	8,0 11,5 4,5	6,5 8,0 4,5
Geldmenge M1 ⁸⁾ , Mrd. DM	300,1	325,9	355,0	390,0	415,0	4,3	8,6	8,9	10,0	6,5
Geldmenge M3 ⁹⁾ , Mrd. DM	930,5	986,0	1 055,5	1 122,0	1 185,0	4,9	6,0	7,0	6,5	5,5
Kapitalmarktzins ¹⁰⁾ , % p. a.	6,9	6,0	5,8	6,0	6,5	.	.	.	.	.
Geldmarktzins ¹¹⁾ , % p. a.	5,4	4,6	4,0	4,5	5,5	.	.	.	.	.
Umlaufgeschwindigkeit ¹²⁾ der Zentralbankgeldmenge der Geldmenge M1 der Geldmenge M3	9,220 6,142 1,981	9,132 5,966 1,971	8,770 5,688 1,912	8,572 5,462 1,899	8,412 5,362 1,878	-0,3 -0,1 -0,6	-1,0 -2,9 -0,5	-4,0 -4,7 -3,0	-2,5 -4,0 -1,0	-2,0 -2,0 -1,0

Vorbemerkung: Mit Ausnahme des Sozialprodukts, der Güterverwendung im Inland und des Masseneinkommens sind alle Zahlen Durchschnitte aus den monatlichen Angaben; die Werte der Geldmengen M1 und M3 bis 1985 sind wegen des statistischen Bruchs Ende 1985 bereinigt worden. — Für die Berechnung der Quotienten und Zuwachsraten wurden die nicht gerundeten absoluten Werte zugrunde gelegt. — ¹⁾ Zu Preisen von 1980. — ²⁾ Bruttosozialprodukt minus Außenbeitrag. — ³⁾ Nettolohn- und -gehaltssumme zuzüglich empfangene Übertragungen der privaten Haushalte. — ⁴⁾ 1980 = 100. — ⁵⁾ In der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank. — ⁶⁾ Außerhalb des inländischen Bankensystems. — ⁷⁾ Zu konstanten Reservesätzen (Basis Januar 1974). — ⁸⁾ Bargeldhaltung und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken. — ⁹⁾ Geldmenge M1 zuzüglich Termingelder bis unter vier Jahren und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. — ¹⁰⁾ Rendite inländischer festverzinslicher Wertpapiere im Umlauf. — ¹¹⁾ Satz für Dreimonatsgeld in Frankfurt/M. — ¹²⁾ Bruttosozialprodukt (nominal) dividiert durch Geldmenge. — *) Schätzungen bzw. Prognose des DIW, mit Ausnahme der Umlaufgeschwindigkeit auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Rückblick auf das Jahr 1988

Nach der Jahreswende 1987/88 hatte die Bundesbank ihre nach dem Börsenkrach begonnene Politik niedriger Zinsen zunächst fortgesetzt. Erst gegen Jahresmitte begann sie, die geldpolitischen Zügel anzuziehen. Für diese Kurskorrektur sah sie mehrere Gründe: Erstens hatte die Geldmenge M3 den oberen Rand des geldpolitischen Zieltrichters schon seit längerem überschritten. Zweitens war der Erhöhung des Anleihezinses in den USA ein Anstieg des Dollarkurses gefolgt; trotz massiver, mit anderen Notenbanken abgestimmter Dollarverkäufe hatte sich der Kurs zeitweilig auf 1,90 DM erhöht. Eine Fortsetzung dieses Höhenflugs drohte die inländische Preissteigerung zu verstärken und die Tendenz zur Verminderung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts zu bremsen.

Der inländische Anleihezins, der aufgrund des Anstiegs der amerikanischen Zinsen und des Dollarkurses von Mitte März bis August von 5 ½ % auf 6 ½ % gestiegen war, gab dann zunächst nach. In den letzten Wochen des vergangenen Jahres hatte er aber wieder eine leicht steigende Tendenz.

Für die Finanzpolitik war schon vor einem Jahr betont worden, daß die Steuerentlastungen '88 konjunkturell zum richtigen Zeitpunkt wirksam würden. Es wurde aber damit gerechnet, daß die finanzpolitischen Entscheidungsträger auf die Steuerausfälle und einen niedrigen Bundesbankgewinn mit einer Drosselung des Ausgabenanstiegs reagieren würden. Diese Annahme hat sich nicht bestätigt, die Ausgaben nahmen relativ kräftig zu.

Während die Einnahmen des Staates — vor allem

Entwicklung der Güterverwendung Inland-Ausland¹⁾
zu Preisen von 1980

	1987	1988	1989	1988		1989	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
	Veränderung in Mrd. DM gegenüber Vorjahr						
Güterverwendung im Inland	47,7	63,0	35,0	35,3	27,5	16,5	18,5
Außenbeitrag	- 19,2	- 3,5	4,5	- 4,7	1,0	5,0	- 1,0
Ausfuhr	4,3	21,0	30,0	7,7	13,0	21,0	9,0
abzüglich Einfuhr	23,5	24,5	26,0	12,4	12,0	16,0	10,0
Bruttosozialprodukt	28,5	59,5	39,5	30,6	29,0	21,5	18,0
	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Güterverwendung im Inland	3,1	4,0	2,0	4,6	3,5	2,0	2,0
Ausfuhr	0,8	4,0	5,5	2,9	4,5	7,5	3,0
abzüglich Einfuhr	4,9	5,0	5,0	5,1	4,5	6,5	3,5
Bruttosozialprodukt	1,8	3,5	2,5	3,9	3,5	2,5	2,0

¹⁾ Die Umstellung der Meldungen zur Außenhandelsstatistik per 1.1.1988 auf das EG-Einheitspapier hat erhebliche Probleme bei der Erfassung der Daten gebracht. Andere Indikatoren über die Entwicklung des Außenhandels legen die Vermutung nahe, daß seitdem eine Untererfassung der tatsächlichen Ströme, vor allem bei der Ausfuhr, vorliegt und nicht — wie zunächst vermutet — eine Verlagerung der Meldungen auf einen späteren Zeitpunkt des Jahres. Das DIW hat deshalb die Schätzung der Deutschen Bundesbank nicht übernommen und hält sich bei seinen Berechnungen zunächst weiter an die Daten für den Spezialhandel. Die vermutliche Diskrepanz von rd. 10 Mrd. DM wurde für 1988 und 1989 der Lagerbildung zugewiesen.

Quellen: 1987 und erstes Halbjahr 1988 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und eigene Berechnungen; zweites Halbjahr 1988 Schätzungen des DIW; 1989 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

wegen der Steuersenkung — nur um 3 ½ vH gestiegen sind, haben die Ausgaben um 5 vH zugenommen. Das staatliche Finanzierungsdefizit hat sich um 10 auf 45 Mrd. DM erhöht. Dabei sind die Überschüsse der Sozialversicherungsträger um 2,5 auf 4 Mrd. DM gesunken; das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von fast 6 Mrd. DM wurde durch die Auflösung von Rücklagen und einen Zuschuß des Bundes gedeckt.

Nach dem Impulskonzept des DIW errechnet sich nur ein geringer positiver Einfluß, der von den öffentlichen Haushalten 1988 auf die Wirtschaft ausgegangen ist. Zu berücksichtigen ist aber, daß die Effekte der Steuersenkung — ebenso wie zusätzliche Staatsausgaben — wiederum zu höheren Einnahmen des Staates führen („Selbstfinanzierungseffekt“); diese vermehrten Einnahmen mindern den rechnerischen Impuls. Auf der anderen Seite ist in Rechnung zu stellen, daß nicht nur diskretionäre Entscheidungen das Wirtschaftsgeschehen beeinflussen, sondern auch der Staatshaushalt selbst Reflex der wirtschaftlichen Entwicklung ist: 1988 ist es in erheblichem Ausmaß zu konjunkturbedingten Mehreinnahmen gekommen, die nur teilweise wieder in den Kreislauf zurückgefließen sind; die Defizite sind weit weniger stark gestiegen, als ursprünglich angenommen. Die Entwicklung der Staatsfinanzen im vergangenen Jahr ist also auch ein Beispiel für die Wirkungsweise der in das Steuersystem und den Staatshaushalt „eingebauten“ Stabilisatoren: Sie bewirken im Aufschwung „quasi-automa-

tisch“ einen restriktiven Gegenstrom, wenn die Mehreinnahmen nicht wieder verausgabt werden.

Mit diesen Impulsen der „exogenen“ Größen haben alle wichtigen Verwendungsbereiche des Sozialprodukts im vergangenen Jahr beachtliche Steigerungsraten erreichen können. Die Entwicklung im einzelnen nachzuzeichnen, ist allerdings aus statistischen Gründen erschwert.

Mit der Einführung des „EG-Einheitspapiers“ für die Meldungen zur Außenhandelsstatistik zum Beginn des Jahres 1988 ist es zu einem bisher nicht eindeutig aufklärbaren Bruch in der statistischen Erfassung der Warenströme im Außenhandel gekommen. Zudem fehlen seitdem noch immer viele Detailangaben. Damit ist eine wichtige statistische Basis für die Berechnung des Bruttosozialprodukts nach Verwendungsaggregaten in Frage gestellt. Nicht nur die Berechnung der Warenausfuhr und Wareneinfuhr, sondern auch die der Ausrüstungsinvestitionen und der Lagerveränderung sind davon betroffen.

Die Abstimmung des — wie üblich — über die Wertschöpfung berechneten Bruttosozialprodukts mit der Verwendungsseite zeigt, daß es hier 1988 mit den zur Zeit verfügbaren statistischen Informationen aus dem Spezialhandel insgesamt zu einer Untererfassung der Warenströme kommt, und zwar bei der Ausfuhr mehr als bei der Einfuhr.

Das Statistische Bundesamt hat deshalb für dieses Jahr — und das wird bis zur Aufklärung dieser Differenz so bleiben — nur eine unvollständige Verwendungsseite veröffentlicht³. Die Deutsche Bundesbank hat zwar für das erste Halbjahr 1988 mit Hilfe anderer statistischer Daten (Außenhandelsumsätze, Auftragseingänge, Einfuhrumsatzsteuer usw.) und mathematischer Verfahren Berechnungen durchgeführt, dabei aber unterstellt, daß es sich nur um eine Verzögerung der Meldungen und nicht um eine Untererfassung der Warenströme im ganzen Jahr 1988 handelt. Aus heutiger Sicht ist diese Annahme nicht mehr zu vertreten.

Zur Klärung des Problems haben die Rechnungen nicht beigetragen; der so berechnete Warenhandelssaldo ist ebenso niedrig wie der, der sich aus den Originalstatistiken ergibt. Das DIW schließt sich deshalb diesen Schätzungen nicht mehr an und legt — wie immer — bei seinen Berechnungen die ausgewiesenen Spezialhandelszahlen zugrunde. Damit sind hier vor allem die Ströme der Warenausfuhr, aber auch der Wareneinfuhr insgesamt niedriger ausgewiesen als in den von der Bundesbank berechneten und von anderen Institutionen übernommenen Daten. Bis zum Vorliegen endgültiger Er-

gebnisse durch das Statistische Bundesamt wird der „Zurechnungsfehler“, er ist wohl in beiden Halbjahren mit reichlich 5 Mrd. DM gleich hoch, der Lagerveränderung zugeschlagen. Die tatsächliche reale Lagerbildung hat 1988 nämlich höchstens 17 Mrd. DM betragen.

Die reale Ausfuhr hat — anders als die statistischen Monatsdaten zeigen — zu Beginn letzten Jahres wohl allenfalls eine kurze Phase der Schwäche durchlaufen, einen Einbruch hat es wahrscheinlich nicht gegeben. Die günstigen außenwirtschaftlichen Einflüsse haben sich sehr bald in einer zügigen Ausweitung der Warenausfuhr niedergeschlagen. Aufgrund der lebhaften Investitionskonjunktur, insbesondere in den westeuropäischen Partnerländern, standen Investitionsgüter im Vordergrund der Expansion. Einen unerwartet kräftigen Anstieg gab es bei Eisen und Stahl. Nicht zugenommen hat die Ausfuhr nach den USA, vor allem weil dort Kraftfahrzeuge wegen des hier noch immer hemmend wirkenden Dollarkurses nur in geringerem Umfang abgesetzt werden konnten.

³ Vgl. hierzu auch Frank Dorow und Mitarbeiter: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 1. Halbjahr 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1988, S. 598 und 599.

Außenbeitrag¹⁾
zu Preisen von 1980

	1987	1988	1989	1988		1989	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
	in Mrd. DM						
Ausfuhr	550,2	571,0	601,0	275,6	295,5	296,5	304,5
Waren	439,4	458,5	485,5	221,1	237,5	241,0	244,5
Dienstleistungen	110,8	112,5	115,5	54,6	58,0	55,5	60,0
abzüglich: Einfuhr	501,2	525,5	551,5	256,8	268,5	273,0	278,5
Waren	383,2	406,5	426,5	199,7	206,5	214,5	212,0
Dienstleistungen	118,0	119,0	125,0	57,1	62,0	58,5	66,5
Außenbeitrag	49,0	45,5	49,5	18,9	26,5	24,0	26,0
Waren	56,2	52,0	59,0	21,4	31,0	26,5	32,0
Dienstleistungen	-7,2	-6,5	-9,0	-2,5	-4,0	-3,0	-6,5
	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Ausfuhr	0,8	4,0	5,5	2,9	4,5	7,5	3,0
Waren	0,9	4,5	6,0	3,0	5,5	9,0	3,0
Dienstleistungen	0,5	1,5	3,0	2,3	1,0	2,0	3,5
abzüglich: Einfuhr	4,9	5,0	5,0	5,1	4,5	6,5	3,5
Waren	4,4	6,0	5,0	5,9	6,0	7,5	2,5
Dienstleistungen	6,5	1,0	4,5	2,1	0,0	2,5	7,0

¹⁾ Die Umstellung der Meldungen zur Außenhandelsstatistik per 1.1.1988 auf das EG-Einheitspapier hat erhebliche Probleme bei der Erfassung der Daten gebracht. Andere Indikatoren über die Entwicklung des Außenhandels legen die Vermutung nahe, daß seitdem eine Untererfassung der tatsächlichen Ströme, vor allem bei der Ausfuhr, vorliegt und nicht — wie zunächst vermutet — eine Verlagerung der Meldungen auf einen späteren Zeitpunkt des Jahres. Das DIW hat deshalb die Schätzung der Deutschen Bundesbank nicht übernommen und hält sich bei seinen Berechnungen zunächst weiter an die Daten für den Spezialhandel. Die vermutliche Diskrepanz von rd. 10 Mrd. DM wurde für 1988 und 1989 der Lagerbildung zugewiesen.

Quellen: 1987 und erstes Halbjahr 1988 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und eigene Berechnungen; zweites Halbjahr 1988 Schätzungen des DIW; 1989 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Der kräftige Anstieg der Ausfuhr hat die Investitionsneigung im Inland auf zwei Wegen stimuliert. Einmal wurden die heimischen Unternehmen durch die Verbesserung der Kapazitätsauslastung angeregt, zum anderen führte die zunächst nicht erwartete Fortsetzung der Gewinnexpansion zu einer Stärkung ihrer finanziellen Ausstattung, die sowohl zu etwas risikoreicheren Engagements als auch zu Erweiterungsinvestitionen ermutigte. Gemessen an der Entwicklung der Inlandsnachfrage bei den wichtigsten Herstellern von Investitionsgütern hat sich die Investitionsneigung im Verlaufe des letzten Jahres verstärkt. Dies zeigt sich insbesondere im Vergleich zur schleppenden Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf des Vorjahres. So dürfte im Jahresdurchschnitt 1988 ein Zuwachs bei den Ausrüstungsinvestitionen von mehr als 6 vH erreicht worden sein, nach nur 4 vH im Jahr davor.

Der kräftige Anstieg der realen Bauinvestitionen von 5 vH im vergangenen Jahr war nicht nur konjunktur-, sondern auch witterungsbedingt. Die Expansion wurde von der Entwicklung im Wirtschaftsbau getragen, aber auch

der Wohnungsbau und die staatlichen Bauinvestitionen expandierten beachtlich. Beim Wohnungsbau spielte neben den förderlichen Rahmenbedingungen, die vom Niveau der Zinsen sowie der Bau- und Grundstückspreise gesetzt waren, die spürbarer werdende Verknappung an Wohnraum eine Rolle. Der überraschend kräftige Anstieg der staatlichen Bauinvestitionen war wohl nur in geringem Maße auf die Inanspruchnahme von zinsverbilligten Krediten zurückzuführen, die über die Kreditanstalt für Wiederaufbau für gemeindliche Investitionen zur Verfügung gestellt worden sind. Ausschlaggebend war vielmehr die verbesserte finanzielle Situation der Gemeinden aufgrund erheblicher Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer.

Mit ihrer raschen Expansion haben die realen Bruttoanlageinvestitionen im vergangenen Jahr den privaten Verbrauch als wichtigsten Konjunkturmotor abgelöst. Trotz der steuerlichen Entlastungen und eines nur geringen Anstiegs der Verbraucherpreise hat sich der Zuwachs des realen Verbrauchs deutlich, von 3,5 vH im Jahre 1987 auf knapp 2,5 vH im letzten Jahr, abgeschwächt. Zwar haben

Finanzierung der Bruttoinvestitionen der Unternehmen

	1987	1988	1989	1988		1989	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
	in Mrd. DM						
Fremdmittel	17,0	1,5	26,0	- 0,6	2,0	9,0	17,0
Private Haushalte	129,9	131,5	130,5	64,9	66,5	61,5	69,0
Staat	- 35,7	- 45,0	- 12,5	- 25,3	- 19,5	- 8,5	- 4,0
Übrige Welt	- 77,3	- 85,5	- 92,0	- 40,2	- 45,0	- 44,0	- 48,0
Eigenmittel	334,7	392,5	392,5	194,8	197,5	196,0	196,5
Abschreibungen	235,7	246,0	260,0	121,5	124,5	128,0	132,0
Nichtentnommene Gewinne	49,2	96,5	80,0	50,4	46,5	44,0	36,0
Saldo der Vermögensübertragungen	49,7	50,0	53,0	22,9	27,0	24,5	28,5
Bruttoinvestitionen	351,7	394,0	418,5	194,2	199,5	205,0	213,5
Anlageinvestitionen	341,2	365,5	391,0	168,3	197,0	176,5	214,5
Vorratsveränderung ¹⁾	10,5	28,5	27,5	25,9	2,5	28,5	- 1,0
nachr.: Selbstfinanzierungsquote (in vH)	95,2	99,5	94,0	100,3	99,0	95,5	92,0
	Veränderung in Mrd. DM gegenüber Vorjahr						
Fremdmittel	- 2,5	- 15,5	24,5	- 7,7	- 8,0	9,5	15,0
Private Haushalte	3,4	1,5	- 1,0	- 0,3	2,0	- 3,5	2,5
Staat	- 10,3	- 9,0	32,5	- 5,4	- 4,0	17,0	15,5
Übrige Welt	4,4	- 8,0	- 7,0	- 1,9	- 6,0	- 4,0	- 3,0
Eigenmittel	21,4	58,0	0,0	28,0	29,5	1,5	- 1,0
Abschreibungen	8,6	10,0	14,0	4,7	5,5	6,5	7,5
Nichtentnommene Gewinne	8,7	47,5	- 16,5	23,4	24,0	- 6,5	- 10,0
Saldo der Vermögensübertragungen	4,2	0,5	3,0	- 0,1	0,5	1,5	1,5
Bruttoinvestitionen	18,9	42,0	25,0	20,4	22,0	11,0	14,0
Anlageinvestitionen	10,6	24,5	25,5	13,4	11,0	8,5	17,5
Vorratsveränderung ¹⁾	8,4	18,0	- 1,0	7,0	11,0	2,5	- 3,5

¹⁾ Einschließlich „Zurechnungsfehler“ in Höhe von rd. 10 Mrd. DM in den Jahren 1988 und 1989.

Quellen: 1987 und erstes Halbjahr 1988 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und eigene Berechnungen; zweites Halbjahr 1988 Schätzungen des DIW; 1989 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Arbeitsmarkt¹⁾

	1987	1988	1989	1988		1989	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
	in 1000 Personen						
Erwerbspersonen	28 216	28 380	28 560	28 288	28 470	28 420	28 700
Erwerbstätige	25 987	26 135	26 300	25 937	26 335	26 110	26 490
Beschäftigte Arbeitnehmer	22 739	22 905	23 075	22 701	23 105	22 885	23 265
Selbständige u. mithelf. Familienangeh.	3 248	3 235	3 225	3 236	3 230	3 225	3 225
Arbeitslose	2 229	2 245	2 260	2 351	2 135	2 310	2 210
nachr.: Arbeitslosenquote ²⁾ (in vH)	9,0	9,0	9,0	9,4	8,5	9,2	8,7
	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Erwerbspersonen	0,7	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	1,0
Erwerbstätige	0,7	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Beschäftigte Arbeitnehmer	0,9	0,5	1,0	0,6	1,0	1,0	0,5
Selbständige u. mithelf. Familienangeh.	-0,4	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	0,0

1) Inländerkonzept. — 2) Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose).

Quellen: 1987 und erstes Halbjahr 1988 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und der Bundesanstalt für Arbeit; zweites Halbjahr 1988 Schätzungen des DIW; 1989 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.

die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer über die Steuer-senkungen einen Impuls erhalten; ihr Zuwachs beschleunigte sich um einen Prozentpunkt. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkünfte der Haushalte haben aber nahezu stagniert. Der überaus kräftige Anstieg der nichtentnommenen Gewinne — sie haben sich fast verdoppelt — zeigt, daß die Unternehmen den Zuwachs ihrer Investitionsausgaben mehr als vollständig aus eigenen Mitteln finanziert haben.

Mit der kräftigen Expansion der Inlandsnachfrage hat auch die reale Einfuhr erheblich zugenommen. Impulse ergaben sich zudem aus den anhaltend niedrigen Einfuhrpreisen und aus spekulativen Käufen auf Lager. Sie haben übrigens auch die Inlandsnachfrage bei den heimischen Produzenten von Grundstoffen und Produktionsgütern stimuliert. Der reale Außenbeitrag ist, versuchsweise korrigiert um die Erfassungsfehler, wohl höher gewesen als im Vorjahr; nominal ist der Außenbeitrag sogar deutlich gestiegen.

Die im Jahresverlauf 1988 beschleunigt steigende Nachfrage beim verarbeitenden Gewerbe hat dort zu einer Umkehr der Beschäftigungstendenz geführt. Der — saisonbereinigt — bis über die Jahresmitte hinaus zu beobachtende leichte Rückgang der Beschäftigtenzahl wurde durch einen Wiederanstieg abgelöst. Außerdem wurde die Zahl der Kurzarbeiter deutlich zurückgeführt, so daß sie im November nur noch weniger als 100 000 betrug. Mit der im Jahresverlauf verbesserten Beschäftigungsentwicklung in der Industrie hat sich die Zunahme auch der Gesamtzahl der Erwerbstätigen wieder verstärkt erhöht. Im Jahresdurchschnitt dürfte diese Zahl um 150 000 höher gewesen sein als im Vorjahr, die der be-

schäftigten Arbeitnehmer ist sogar noch etwas stärker gestiegen.

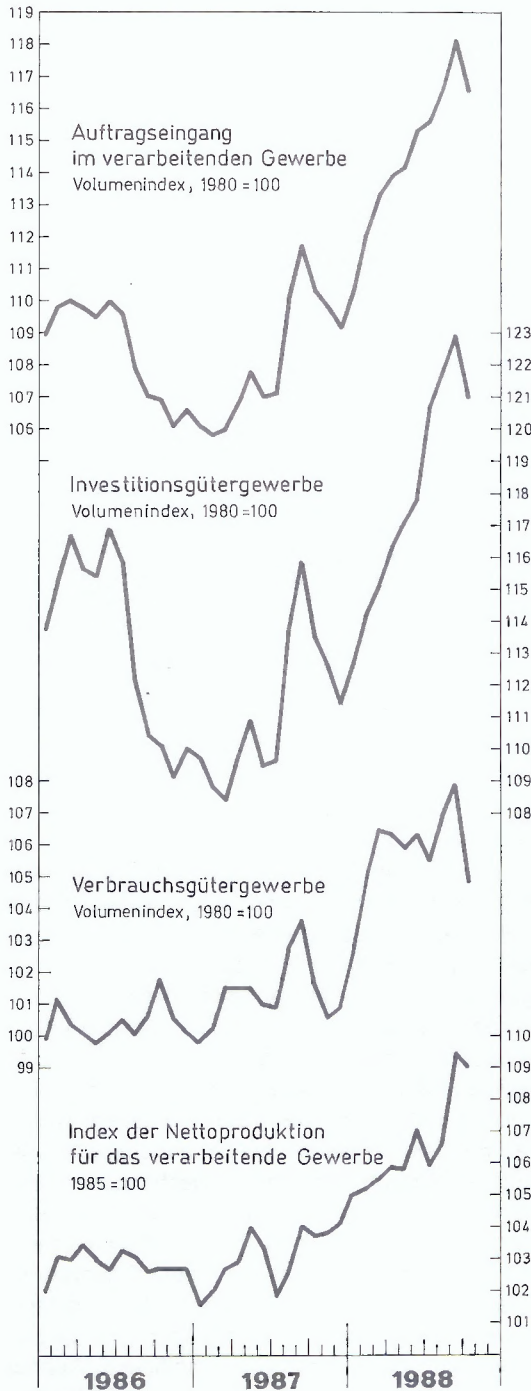
Aufgrund des großen Zustroms aus dem Ausland — besonders ins Gewicht fällt hier die steigende Zahl von Aus-siedlern — ist das Erwerbspersonenpotential verstärkt ge-wachsen. Der Anstieg war größer als bei den Beschäf-tigten, so daß sich auch in dem Jahr des seit langem kräftigsten Wirtschaftswachstums keine Abnahme der Ar-beitslosigkeit ergeben hat. Zwar sank die Zahl der Arbeits-losen — saisonbereinigt — in den letzten Monaten, doch im Jahresdurchschnitt war sie mit 2,25 Mill. sogar noch etwas höher als im Vorjahr, obwohl offenbar, anders als in den Jahren davor, die stille Reserve wieder zugenommen hat. Damit blieb die Lage am Arbeitsmarkt ebenso unbefriedigend wie zuvor.

Zur Entwicklung 1989

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland hat das neue Jahr mit einem erheblichen Wachstumsüberhang begonnen. Im vierten Quartal letzten Jahres war das saisonbereinigte reale Bruttosozialprodukt um rund 1 ½ vH-Punkte höher als im Jahresdurchschnitt 1988. Diese Be-rechnung weist auf den beachtlichen Schwung hin, der die Entwicklung bis zuletzt bestimmt hat. Die Frage ist, ob er auch in diesem Jahre durchgehalten werden kann und ob sich eine Wiederholung des kräftigen Jahreszu-wachses erhoffen läßt.

Einige Faktoren sprechen durchaus für ein anhaltendes Wachstum: Die Auftragseingänge beim verarbeitenden Ge-werbe — sowohl diejenigen aus dem Inland als auch die

INDIKATOREN ZUR KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND¹⁾



¹⁾ Saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3): gleitender Durchschnitt aus jeweils zwei Monatswerten.

DIW 89

aus dem Ausland — lagen zuletzt auf sehr hohem Niveau. Neben der Entwicklung der Auftragseingänge deuten die Planungen wichtiger Investoren eher auf eine Beschleunigung als auf eine Verlangsamung in der Investitionstätigkeit hin, so vor allem beim verarbeitenden Gewerbe. Die in einigen Bereichen schon sehr hohe Auslastung der Produktionskapazitäten macht einen anhaltend großen Bedarf an Erweiterungsinvestitionen wahrscheinlich.

Die Rahmenbedingungen, die dieser Prognose zugrunde liegen, deuten allerdings nicht alle in die gleiche Richtung:

- Von der Weltkonjunktur werden weniger Impulse ausgehen als bisher.
- Der reale Kurs der D-Mark zum Dollar wird annähernd konstant bleiben.
- Der Erdölpreis wird im Durchschnitt des Jahres 1989 zwar höher sein als im letzten Herbst, aber 15 \$ je Barrel nicht überschreiten.
- Die Bundesbank wird versuchen, die Geldmengenexpansion zu verlangsamen. Die steigenden Zinsen in den USA erleichtern ihr die Erreichung des Ziels, da die Zentralbanken der wichtigsten Länder zu verhindern suchen, daß es zu großen Schwankungen der Wechselkurse kommt. Die Geldmenge M3 wird mit einer laufenden Rate von etwa 5 vH — entsprechend dem im Dezember von der Bundesbank verkündeten Ziel — expandieren.
- In der Lohnpolitik gibt es trotz einer höheren Preissteigerung bei Gütern des privaten Verbrauchs keine Abkehr von der bisher geübten Zurückhaltung.
- Die Finanzpolitik fährt einen betonten Konsolidierungskurs. Die beschlossenen Erhöhungen von Verbrauchsteuern und die Einführung der Quellensteuer bei Kapitalerträgen führen zu den von den Finanzbehörden erhofften Mehreinnahmen.

Mit diesen Maßnahmen wird die Wirkung der Finanzpolitik eindeutig restriktiv. Für sich genommen dürften von den öffentlichen Haushalten negative Impulse in Höhe von 13 Mrd. DM auf die Gesamtwirtschaft ausgehen. Die Steuerrechtsänderungen schmälern das verfügbare Einkommen der Privaten um mehr als 11 Mrd. DM. Begründet wurde die Erhöhung der indirekten Steuern vor allem mit dem Mehrbedarf der EG und den zusätzlichen Hilfen für strukturschwache Bundesländer. Tatsächlich werden die Zahlungen an die EG aber wesentlich niedriger sein als ursprünglich geplant. Die konjunkturbedingten Mehreinnahmen dürften zudem so hoch sein wie die Zuflüsse aus der Steuererhöhung. Mit Einnahmen von mindestens 10 Mrd. DM kann der Bund aus der Gewinnabführung der Bundesbank rechnen.

Insgesamt werden die Einnahmen des Staates um 6,5 vH steigen: Bei den Steuern ist ein Plus von 7 vH zu erwarten, bei den Sozialbeiträgen eine Zunahme um 3,5 vH. Die Ausgaben dürften indes nur um knapp 3 vH

ausgeweitet werden. Neben den niedrigen Lohnsteigerungen ist es die Gesundheitsreform, die den Ausgabenanstieg drosseln wird. Die Sachkäufe der gesetzlichen Krankenversicherungen dürften um etwa 2 Mrd. DM sinken; hier spielt eine Rolle, daß das Vorjahresniveau durch die Vorzieheffekte überhöht ist. Trotz der niedrigen Tarifabschlüsse ist es wenig wahrscheinlich, daß sich das Einstellungsverhalten der öffentlichen Arbeitgeber merklich verändern wird.

Für die öffentlichen Investitionsausgaben wird ein Anstieg um 5 vH veranschlagt. Neben der ohnehin recht guten Finanzlage der Gemeinden gibt das „Strukturhilfegesetz“ des Bundes, durch das die Investitionstätigkeit von Ländern und Gemeinden in den wirtschaftsschwächeren Regionen gestärkt werden soll, den Ausschlag für diese Einschätzung. Allerdings ist damit zu rechnen, daß mit der Strukturhilfe zum Teil ohnehin geplante Projekte finanziert werden.

Das Finanzierungsdefizit des Staates — in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — wird 1989 drastisch zurückgehen; es sinkt von 45 auf 12 Mrd. DM. Das Defizit der Gebietskörperschaften dürfte nur noch 25 Mrd. DM (1988: 49 Mrd. DM) betragen; die Überschüsse der Sozialversicherung erhöhen sich auf 12 Mrd. DM.

Für die reale Warenausfuhr sind die Wachstumsperspektiven weiterhin günstig. Vieles spricht dafür, daß die zu erwartende Abschwächung der Welthandelsexpansion bei der Ausfuhr der Bundesrepublik zu keiner entsprechenden Tempoänderung führt. Denn die Investitionskonjunktur wird trotz einer gewissen Abschwächung in den wichtigsten Partnerländern lebhaft bleiben und damit zu einer überdurchschnittlichen Erhöhung der Nachfrage in den Güterbereichen führen, die für die deutschen Anbieter das höchste Gewicht haben. Die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter macht zumindest in diesem Bereich Gewinne an Marktanteilen wahrscheinlich. Gegenüber diesen Impulsen fallen die anhaltenden, durch Devisenmangel begründeten Schwierigkeiten bei der Ausfuhr in die Gruppe der Staatshandelsländer und die OPEC-Länder nur wenig ins Gewicht, zumal der Anteil dieser Ländergruppen am gesamten Exportvolumen nach wie vor sehr niedrig ist.

Insgesamt dürfte der Zuwachs der realen Warenausfuhr im Jahresdurchschnitt 1989 — schon wegen des Basiseffekts — höher sein als im vergangenen Jahr, nämlich 6 vH betragen. Der Export wird damit seine konjunkturbestimmende Rolle behalten.

Die Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen werden weiter kräftig ausgeweitet werden. Bei den Ausrüstungsinvestitionen ergibt sich schon aufgrund des hohen statistischen Überhangs von mehr als 3 vH die Perspektive eines abermals kräftigen Zuwachses im Jahresdurchschnitt. Die Investitionspläne der Unternehmen lassen ein rasches Tempo der laufenden Expansion erwarten. Bei

Entwicklung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

	1987	1988	1989
Nettoproduktion ¹⁾			
Bergbau	-4,4	-6,0	-1,0
Verarbeitendes Gewerbe	0,4	4,5	2,0
Grundstoff- u.			
Produktionsgütergewerbe	0,0	5,5	1,0
Investitionsgüter prod. Gewerbe	0,7	4,5	3,0
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	1,2	3,5	2,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	-1,0	2,0	1,0
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	-0,3	4,0	2,0
Weitere Kennziffern			
Beschäftigte Personen	0,0	0,0	-0,5
Arbeitszeit	-1,4	-0,5	-2,0
Arbeitsvolumen	-1,5	-0,5	-2,5
Produktivität	1,9	4,5	4,5
Lohnsumme	3,5	3,0	1,5
Effektiver Lohnsatz	5,1	3,5	4,0
Lohnstückkosten	3,1	-1,0	-0,5

¹⁾ Kalendermonatlich, 1985 = 100.

Quellen: 1987 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des DIW; 1988 Schätzung des DIW; 1989 Prognose des DIW. Prognostizierte Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

der hohen Kapazitätsauslastung in den bedeutendsten Bereichen der Investitionsgütererzeugung werden die Investoren in vermehrtem Maße auch auf das ausländische Angebot an Ausrüstungsgütern zurückgreifen.

Die realen gewerblichen Bauinvestitionen werden im Jahresdurchschnitt deutlich schwächer zunehmen als 1988. Ein wesentlicher Grund ist die witterungsbedingt hohe Produktionsleistung im ersten Quartal vergangenen Jahres (Basiseffekt). Für neue Investitionsentscheidungen werden sowohl von den Investoren im Wirtschaftsbau als auch von denen im Wohnungsbau die Rahmenbedingungen als relativ günstig beurteilt werden: Auch wenn die Hypothekenzinsen höher sein sollten als im letzten Jahr, wird dies die Investoren nicht abschrecken, denn in beiden Bereichen ist der Neubedarf gestiegen, zugleich sind die Ertragschancen verbessert worden. Im Wohnungsbau sind über die Grundtendenz hinausgehende Effekte von dem Programm für Aussiedler zu erwarten. Das mit den ersten Ergebnissen der Volkszählung 1987 offenbar gewordene Defizit in der Wohnungsverorgung dürfte zudem früher oder später zu einer weniger zurückhaltenden staatlichen Wohnungsbaupolitik führen. Auch die realen staatlichen Bauinvestitionen werden in diesem Jahr nennenswert, um 2 bis 3 vH, steigen. Insgesamt werden die realen Bauinvestitionen im Jahr 1989 um etwa 2 ½ vH höher sein als im

Anlageinvestitionen

	1987	1988	1989	1988		1989	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Absolute Werte							
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)							
Bauten	220,6	236,0	249,0	109,4	126,5	109,5	139,0
Staat	41,4	44,0	46,0	19,5	24,5	19,5	26,5
Wohnbauten	104,0	111,5	118,0	52,5	59,0	53,0	65,5
Wirtschaftsbauten	75,3	80,5	84,5	37,4	43,5	37,5	47,5
Ausrüstungen	168,7	180,5	196,0	80,9	99,5	89,0	106,5
Anlageinvestitionen insgesamt	389,3	416,5	444,5	190,3	226,0	199,0	246,0
Staat	48,1	51,0	53,5	22,0	29,0	22,5	31,0
Unternehmen	341,2	365,5	391,0	168,3	197,0	176,5	214,5
Zu Preisen von 1980 (Mrd. DM)							
Bauten	190,0	199,5	204,5	92,9	106,5	91,0	113,5
Staat	37,2	39,0	40,0	17,4	21,5	17,0	22,5
Wohnbauten	86,6	91,0	93,5	43,1	48,0	42,0	51,5
Wirtschaftsbauten	66,3	70,0	71,0	32,5	37,5	31,5	39,5
Ausrüstungen	141,3	150,0	159,5	67,6	82,5	73,5	86,0
Anlageinvestitionen insgesamt	331,3	349,5	364,0	160,5	189,0	164,0	200,0
Staat	42,7	44,5	45,5	19,4	25,0	19,0	26,5
Unternehmen	288,6	305,0	318,5	141,2	164,0	145,0	173,5
Preisentwicklung (1980 = 100)							
Bauten	116,1	118,5	121,5	117,7	119,0	121,0	122,5
Staat	111,3	113,0	116,0	112,5	113,5	115,0	116,5
Wohnbauten	120,1	122,5	126,0	121,9	123,5	125,0	127,0
Wirtschaftsbauten	113,6	115,5	119,0	115,1	116,0	118,0	119,5
Ausrüstungen	119,4	120,0	123,0	119,6	120,5	122,0	123,5
Anlageinvestitionen insgesamt	117,5	119,0	122,0	118,5	119,5	121,0	123,0
Staat	112,6	114,5	117,5	113,6	115,0	116,5	118,0
Unternehmen	118,2	120,0	123,0	119,2	120,5	122,0	123,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zu jeweiligen Preisen							
Bauten	2,1	7,0	5,5	12,1	3,0	0,5	10,0
Staat	2,3	6,0	5,0	13,8	0,5	1,0	8,5
Wohnbauten	0,9	7,0	6,0	12,1	3,0	0,5	11,0
Wirtschaftsbauten	3,8	7,0	5,0	11,2	4,0	-0,5	9,5
Ausrüstungen	4,5	7,0	8,5	5,2	8,5	10,5	7,0
Anlageinvestitionen insgesamt	3,1	7,0	7,0	9,1	5,5	4,5	8,5
Staat	2,8	6,0	5,0	12,5	1,5	1,5	8,0
Unternehmen	3,2	7,0	7,0	8,6	6,0	5,0	9,0
Zu Preisen von 1980							
Bauten	0,2	5,0	2,5	10,4	0,5	-2,0	6,5
Staat	0,5	4,5	2,5	12,6	-1,0	-1,5	5,5
Wohnbauten	-1,2	5,0	3,0	10,2	0,5	-2,0	7,5
Wirtschaftsbauten	2,0	5,5	2,0	9,6	2,0	-3,0	6,0
Ausrüstungen	4,0	6,0	6,0	4,6	7,5	8,5	4,5
Anlageinvestitionen insgesamt	1,8	5,5	4,0	7,9	3,5	2,0	5,5
Staat	1,0	4,5	2,5	11,3	-0,5	-1,0	5,0
Unternehmen	1,9	5,5	4,5	7,5	4,0	2,5	6,0
Preisentwicklung (1980 = 100)							
Bauten	1,9	2,0	3,0	1,5	2,0	2,5	3,0
Staat	1,8	1,5	2,5	1,1	2,0	2,5	2,5
Wohnbauten	2,1	2,0	3,0	1,7	2,5	2,5	3,0
Wirtschaftsbauten	1,8	2,0	3,0	1,5	2,0	2,5	3,0
Ausrüstungen	0,5	0,5	2,0	0,5	1,0	2,0	2,5
Anlageinvestitionen insgesamt	1,3	1,5	2,5	1,1	1,5	2,5	3,0
Staat	1,9	1,5	2,5	1,1	2,0	2,5	2,5
Unternehmen	1,2	1,5	2,5	1,1	1,5	2,0	3,0

Quellen: 1987 und erstes Halbjahr 1988 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und eigene Berechnungen; zweites Halbjahr 1988 Schätzungen des DIW; 1989 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsdaten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Vorjahr. Stärker noch werden die Ausrüstungsinvestitionen expandieren (6 vH), so daß für die gesamten Brutto-Anlageinvestitionen ein Anstieg von 4 vH erwartet werden kann. Die Investitionsquote wird dabei weiter steigen, das Produktionspotential leicht beschleunigt zunehmen.

In diesem Jahr wird die Ausweitung des realen privaten Verbrauchs noch geringer sein als im Vorjahr. Nach einer Zuwachsrate von etwa 2 ½ vH (1988) wird der Anstieg 2 vH kaum übertreffen. Eine Abschwächung ist von der Einkommensentwicklung bei den Arbeitnehmern und der Preisentwicklung vorgezeichnet.

Die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer werden — bei etwa unveränderter Expansion der Bruttolohn- und -gehaltsumme — mit knapp 2 ½ vH deutlich schwächer als im Vorjahr zunehmen, weil nun die Progression des Steuersystems wieder voll wirkt. Auch die vom Staat empfangenen Transfers werden sich verlangsamt erhöhen, da

u.a. Leistungskürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit und der gesetzlichen Krankenversicherung in Kraft treten. Vermutlich wird jedoch der Tempoverlust bei den „Masseneinkommen“ durch eine Erhöhung von Entnahmen aus Gewinnen und Vermögenseinkommen mehr als kompensiert werden. Der deshalb gegenüber 1988 etwas größere Anstieg der Einkommen wird aber durch verstärkte Preiserhöhungen in seinen realen Wirkungen deutlich gedämpft. Die Verbraucherpreise werden vor allem wegen des Fortfalls der Entlastungen von seiten der Importpreise und wegen der Erhöhung der indirekten Steuern um 2 ½ vH steigen, nach 1 ½ vH im Jahre 1988. Die Verbrauchsausgaben der Haushalte werden nicht sogleich an das sinkende Tempo der realen Einkommensentwicklung angepaßt werden. Da die Haushalte selbst ihre Einkommenssituation und -perspektiven nach wie vor als günstig beurteilen, läßt sich auf ein Beharrungsvermögen der Ausgabenneigung schließen, vor allem in den mit dem Wohnen zusammenhängenden Bedarfsbereichen.

Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland¹⁾
zu jeweiligen Preisen

	1987	1988	1989	1988		1989	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
	in Mrd. DM						
Ausfuhr	638,3	677,0	729,0	324,5	352,5	356,5	372,0
Waren	506,6	541,5	586,0	259,3	282,5	289,0	297,0
Dienstleistungen	131,7	135,5	143,0	65,3	70,5	67,5	75,5
abzüglich: Einfuhr	527,2	555,5	599,5	268,3	287,0	294,0	306,0
Waren	383,2	407,0	439,5	197,9	209,5	219,5	220,0
Dienstleistungen	144,0	148,0	160,0	70,3	78,0	74,5	85,5
Außenbeitrag	111,1	122,0	129,5	56,3	65,5	63,0	66,5
Waren	123,5	134,5	146,5	61,3	73,0	69,5	77,0
Dienstleistungen	- 12,3	- 12,5	- 17,0	- 5,1	- 7,5	- 6,5	- 10,5
Saldo der Übertragungen	- 33,8	- 36,5	- 37,0	- 16,1	- 20,5	- 19,0	- 18,0
Leistungsbilanzsaldo	77,3	85,5	92,5	40,2	45,0	44,0	48,0
nachr.: Zahlungsbilanzstatistik	80,8	89,0	96,0	42,5	46,0	46,5	49,5
	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Ausfuhr	0,0	6,0	7,5	4,9	7,0	10,0	5,5
Waren	- 0,3	7,0	8,0	5,1	8,5	11,5	5,0
Dienstleistungen	1,2	3,0	5,5	3,8	2,0	4,0	7,0
abzüglich: Einfuhr	0,7	5,5	8,0	5,2	5,5	9,5	6,5
Waren	- 1,6	6,5	8,0	5,6	7,0	11,0	5,0
Dienstleistungen	7,3	3,0	8,0	4,0	2,0	5,5	10,0

¹⁾ Die Umstellung der Meldungen zur Außenhandelsstatistik per 1.1.1988 auf das EG-Einheitspapier hat erhebliche Probleme bei der Erfassung der Daten gebracht. Andere Indikatoren über die Entwicklung des Außenhandels legen die Vermutung nahe, daß seitdem eine Untererfassung der tatsächlichen Ströme, vor allem bei der Ausfuhr, vorliegt und nicht — wie zunächst vermutet — eine Verlagerung der Meldungen auf einen späteren Zeitpunkt des Jahres. Das DIW hat deshalb die Schätzung der Deutschen Bundesbank nicht übernommen und hält sich bei seinen Berechnungen zunächst weiter an die Daten für den Spezialhandel. Die vermutliche Diskrepanz von rd. 10 Mrd. DM wurde für 1988 und 1989 der Lagerbildung zugewiesen.

Quellen: 1987 und erstes Halbjahr 1988 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und eigene Berechnungen; zweites Halbjahr 1988 Schätzungen des DIW; 1989 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsdaten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

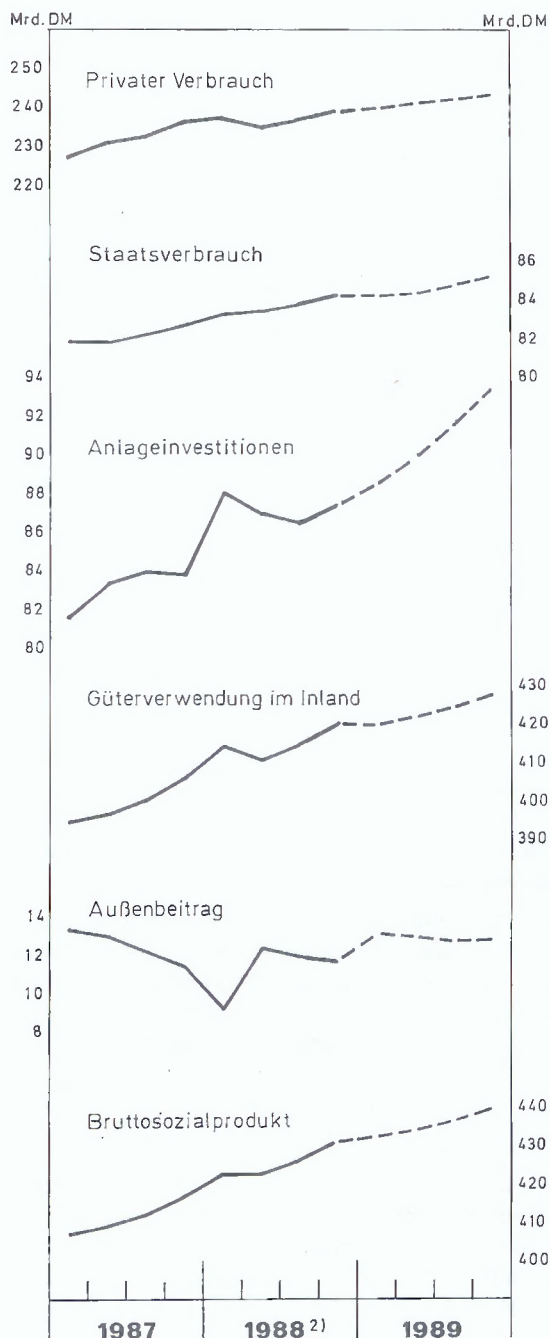
Mit dem insgesamt abgeschwächten Wachstumstempo der realen Inlandsnachfrage — von 4 vH im Vorjahr auf 2 vH in diesem — wird sich auch das konjunkturelle Tempo der Einfuhr vermindern, eine Entwicklung, die allerdings wegen der im Vorjahr verzerrten Basis in den jahresdurchschnittlichen Größen nicht zum Ausdruck kommt. Eine wichtige Rolle bei der Verlangsamung spielt, daß der spekulative Import auf Lager ausklingt; auch die zu erwartende Verteuerung der Einfuhr bei verarbeiteten Gütern dürfte hemmend auf den Anstieg wirken. In der Tendenz werden die realen Importe etwa im gleichen Tempo wie die Exporte zunehmen, der reale Außenbeitrag wird mindestens so hoch ausfallen wie in den beiden Vorjahren.

Die leichte Verschlechterung der Terms of Trade wird nicht ausreichen, das in den realen Größen von Einfuhr und Ausfuhr angelegte Verharren der außenwirtschaftlichen Überschüsse zu überspielen. Der nominale Außenbeitrag wird mit rd. 130 Mrd. DM ein neues Rekordniveau erreichen. Auch der Überschuß der Leistungsbilanz wird dabei tendenziell noch zunehmen und wohl mehr als 90 Mrd. DM betragen.

Die insgesamt weiter expansiven außenwirtschaftlichen Einflüsse werden die Abschwächung im Wachstum der Inlandsnachfrage nur zum Teil kompensieren. Die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts wird 1989 mit etwa 2 ½ vH um reichlich einen Prozentpunkt niedriger ausfallen als im Vorjahr. Zum Teil ist dies auf die in beiden Jahren vermutlich sehr unterschiedlichen Witterungseffekte zurückzuführen. Konjunkturell abschwächend wirkt vor allem die Entwicklung beim privaten Verbrauch; sie ist zu einem erheblichen Teil Ausdruck der restriktiven Steuerpolitik.

Für den Arbeitsmarkt bedeutet die Verminderung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums, daß die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres zu beobachtende Beschleunigung des Anstiegs der Beschäftigtenzahl im weiteren Jahresverlauf von einer Verlangsamung abgelöst wird. Im Jahresdurchschnitt 1989 wird sich jedoch — wegen des Überhangs — ein noch etwas höherer Zuwachs der Beschäftigtenzahl ergeben; bei den Arbeitnehmern wird er etwa 170 000 betragen. Die Erhöhung der Zahl der Erwerbstätigen reicht jedoch noch weniger als 1988 an das Wachstum des Erwerbspersonenpotentials heran. Dieses wird um weit mehr als 200 000 steigen; bei weiterer Abschwächung des Zuwachses bei den Erwerbspersonen aus dem Inland gibt rechnerisch der große Zustrom von Aussiedlern hier den Ausschlag. Die Zahl der Arbeitslosen wird dabei, obwohl die stille Reserve weiter zunimmt, im Jahresverlauf saisonbereinigt wieder größer werden und im Jahresdurchschnitt abermals etwas höher ausfallen — um rund 15 000 — als im Vorjahr. Abgerundet beträgt das Niveau der Arbeitslosigkeit dann schon seit fünf Jahren 2 ¼ Mill.

VERWENDUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ¹⁾ zu Preisen von 1980



¹⁾ Saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). — ²⁾ Vom 4. Quartal 1988 an Prognose des DIW.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Die Bundesrepublik hat im vergangenen Jahr ihr seit langem bestes Ergebnis im Wirtschaftswachstum erreicht. In diesem Jahr wird sich die Aufwärtsentwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion jedoch schon wieder abschwächen. Insgesamt bestünde aber auch ohne diese Verlangsamung kein Grund zu uneingeschränkter Genugtuung. Denn zwei der dringendsten wirtschaftspolitischen Probleme aus den letzten Jahren, nämlich die überaus hohe Arbeitslosigkeit und die weit überhöhten Überschüsse in der Leistungsbilanz der Bundesrepublik, haben sich nicht entschärft, im laufenden Jahr werden sie noch größer werden.

Inflationsgefahren haben seit Jahren einer deutlich expansiveren Ausrichtung der Wirtschaftspolitik nicht entgegenstanden. Die Frage ist nun, ob dies weiterhin der Fall sein wird.

Ein Blick auf die verschiedenen preisstatistischen Daten zeigt, daß in der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion die Gefahren überzeichnet dargestellt werden. Zwar sind auf der Erzeugerstufe wie auch beim Großhandel die Preise gegenwärtig höher als vor einem Jahr, bei den industriellen Erzeugerpreisen um etwa 1,5 vH, bei den Großhandelspreisen um 2 vH. Die Umkehr der Preistendenz gegenüber der Entwicklung im Vorjahr hat jedoch eindeutig mit dem Verlauf der Importpreise im allgemeinen und dem der Preise von Mineralölprodukten im besonderen zu tun. Dort, wo die inländischen Kosten den Ausschlag geben, zeigt sich in der Preistendenz keine Beschleunigung. Bei den industriellen Erzeugerpreisen von Verbrauchsgütern ist der Anstieg mit weniger als 1 vH unverändert gering. Allein bei den Mieten und bei einigen Dienstleistungen hat es eine leichte Verstärkung gegeben, bei der jedoch administrierte Einflüsse eine Rolle gespielt haben, bei den Mieten auch die zunehmenden Engpässe auf Teilmärkten.

Die absehbare Entwicklung der Lohnstückkosten deutet ebenfalls auf keine Verstärkung der Preissteigerungen hin; sie werden nach absoluter Stabilität 1988 in diesem Jahr nur um etwa 1 vH zunehmen. Dies läßt sich schwerlich als Kostendruck interpretieren.

Ein Konflikt zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen Wachstum, Beschäftigung und Preisstabilität wird auch 1989 nicht bestehen.

Um so mehr ist zu beklagen, daß sich die Finanzpolitik dennoch auf einen restriktiv wirkenden Kurs festgelegt hat. Mit Steuererhöhungen ist der finanzpolitische Kurs 1989 dem vom Vorjahr entgegengerichtet. Zwar werden die Befürworter dieses finanzpolitischen Zick-Zacks argumentieren, das Ausmaß der steuerlichen Höherbelastung der Einkommen sei nicht so gravierend, daß die damit verbundene Abschwächung der Verbrauchsexpansion große Bedenken begründe. Man setzt sich mit solcher Rechtfertigung jedoch über wichtige Einwände hinweg. Denn angezeigt gewesen wäre nicht eine steuerliche Mehr-, son-

dern eine Minderbelastung der privaten Einkommen. Argumentiert wird rein fiskalisch (Haushaltsausgleich), nicht finanzpolitisch (gesamtwirtschaftliche Steuerung). Angesichts der ohnehin im Gang befindlichen raschen Reduzierung des Staatsdefizits vermag dies wenig zu überzeugen. Es handelt sich unbestreitbar um Schritte in die falsche Richtung. Damit werden sonst mögliche günstigere Entwicklungen bei der Beschäftigung und den außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten verhindert. Daß der Staat die Einsparungen, die sich aufgrund des niedrigen Tarifabschlusses für dieses Jahr ergeben, auch nicht annähernd zu der Arbeitszeitverkürzung entsprechenden Mehreinstellungen zu nutzen bereit ist, unterstreicht dies. Gerade gegenwärtig wird der Personal-mangel in wichtigen Bereichen durch die Unruhen an vielen Universitäten offenbar. Negativ zu Buche schlägt auch, daß mit der Erhöhung der indirekten Besteuerung die Diskussion über Preissteigerungsgefahren Nahrung erhielt; immerhin führt die Mehrbelastung zu einem zusätzlichen Anstieg der Lebenshaltungskosten von reichlich einem halben Prozentpunkt.

Bedacht hätte auch werden müssen, daß sich die Entscheidung zur Erhöhung von Steuern als Anstoß für eine Aufweichung der bisher befolgten tarifpolitischen Linie bei den Tarifparteien erweisen könnte. Zwar sind die das Jahr 1989 betreffenden tarifpolitischen Entscheidungen in vielen Fällen schon gefallen, zum Teil schon vor zwei Jahren. In einigen Bereichen stehen jedoch noch Entscheidungen aus. Hier muß nochmals ausdrücklich betont werden, daß Steuererhöhungen für sich gesehen in Tarifverhandlungen keine verteilungspolitischen Ansprüche begründen. Problematisch sind jedoch die verteilungspolitischen Effekte, die durch die Erhöhung der Verbrauchsteuern zwischen Haushalten mit höherem Einkommen und einkommensschwächeren, insbesondere der Rentner, entstehen. Einkommensschwache Haushalte profitieren zudem wenig oder gar nicht von den verschiedenen Stufen der Einkommensteuersenkungen.

Anläßlich der Verkündung des Geldmengenziels für das Jahr 1989 hat die Bundesbank erklärt, sie werde bestrebt sein, das erreichte Maß an Preisstabilität bei weiterhin befriedigendem Wirtschaftswachstum zu erhalten; diesem Ziel entspreche eine Ausweitung der Geldmenge M3 vom vierten Quartal 1988 zum vierten Quartal 1989 um etwa 5 vH. Ihre Absicht, die monetäre Expansion im Verlauf des Jahres 1989 merklich zu dämpfen, unterstrich die Bundesbank mit einer gleichzeitigen Erhöhung des Lombardsatzes von 5 % auf 5 ½ %.

Auf ein energisches Anziehen der geldpolitischen Zügel drängen diejenigen, welche die Gefahr einer baldigen inflatorischen Entwicklung schon wegen der Zielüberschreitungen der Geldmengenpolitik in den letzten drei Jahren für groß halten.

Gegen ein energisches Anziehen der geldpolitischen Zügel müssen indes grundsätzliche Bedenken angemeldet werden. Eine Strategie, mit der Engpässe bei den

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1988 und 1989

	1987	1988	1989	1988		1989	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	0,7	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	- 1,0	- 0,5	- 1,0	- 0,3	- 0,5	- 1,5	- 1,0
Arbeitstage	0,4	0,5	- 0,5	1,5	- 0,5	0,5	- 1,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,1	0,5	- 1,0	1,6	- 0,5	- 0,5	- 1,5
Produktivität ¹⁾	1,8	3,0	3,5	2,2	4,0	3,0	4,0
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980	1,9	3,5	2,5	3,9	3,5	2,5	2,0
2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen ²⁾ a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	1 112,0	1 153,0	1 204,5	555,6	597,5	579,0	625,5
Staatsverbrauch	397,2	410,5	419,5	189,2	221,5	194,0	225,0
Anlageinvestitionen	389,3	416,5	444,5	190,3	226,0	199,0	246,0
Ausrüstungen	168,7	180,5	196,0	80,9	99,5	89,0	106,5
Bauten	220,6	236,0	249,0	109,4	126,5	109,5	139,0
Vorratsveränderung	10,5	28,5	27,5	25,9	2,5	28,5	- 1,0
Außenbeitrag	111,1	122,0	129,5	56,3	65,5	63,0	66,5
Ausfuhr	638,3	677,0	729,0	324,5	352,5	356,5	372,0
Einfuhr	527,2	555,5	599,5	268,3	287,0	294,0	306,0
Bruttosozialprodukt	2 020,1	2 130,5	2 225,5	1 017,2	1 113,0	1 063,5	1 162,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	4,1	3,5	4,5	4,4	3,0	4,0	4,5
Staatsverbrauch	3,8	3,5	2,0	3,1	3,5	2,5	2,0
Anlageinvestitionen	3,1	7,0	7,0	9,1	5,5	4,5	8,5
Ausrüstungen	4,5	7,0	8,5	5,2	8,5	10,5	7,0
Bauten	2,1	7,0	5,5	12,1	3,0	0,5	10,0
Ausfuhr	0,0	6,0	7,5	4,9	7,0	10,0	5,5
Einfuhr	0,7	5,5	8,0	5,2	5,5	9,5	6,5
Bruttosozialprodukt	3,9	5,5	4,5	5,6	5,5	4,5	4,5
3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1980 ²⁾ a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	924,7	946,0	964,5	456,9	489,0	465,5	499,0
Staatsverbrauch	328,3	334,5	339,0	162,3	172,5	164,5	174,5
Anlageinvestitionen	331,3	349,5	364,0	160,5	189,0	164,0	200,0
Ausrüstungen	141,3	150,0	159,5	67,6	82,5	73,5	86,0
Bauten	190,0	199,5	204,5	92,9	106,5	91,0	113,5
Vorratsveränderung	9,9	27,0	25,0	24,5	2,5	27,0	- 1,5
Außenbeitrag	49,0	45,5	49,5	18,9	26,5	24,0	26,0
Ausfuhr	550,2	571,0	601,0	275,6	295,5	296,5	304,5
Einfuhr	501,2	525,5	551,5	256,8	268,5	273,0	278,5
Bruttosozialprodukt	1 643,2	1 702,5	1 742,0	823,1	879,5	844,5	897,5
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	1 594,2	1 657,0	1 692,5	804,2	853,0	820,5	872,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	3,5	2,5	2,0	3,2	1,5	2,0	2,0
Staatsverbrauch	1,6	2,0	1,0	1,9	2,0	1,0	1,0
Anlageinvestitionen	1,8	5,5	4,0	7,9	3,5	2,0	5,5
Ausrüstungen	4,0	6,0	6,0	4,6	7,5	8,5	4,5
Bauten	0,2	5,0	2,5	10,4	0,5	- 2,0	6,5
Ausfuhr	0,8	4,0	5,5	2,9	4,5	7,5	3,0
Einfuhr	4,9	5,0	5,0	5,1	4,5	6,5	3,5
Bruttosozialprodukt	1,8	3,5	2,5	3,9	3,5	2,5	2,0
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	3,1	4,0	2,0	4,6	3,5	2,0	2,0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1987	1988	1989	1988		1989	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	0,5	1,5	2,5	1,2	1,5	2,5	2,5
Staatsverbrauch	2,2	1,5	1,0	1,2	1,5	1,5	0,5
Anlageinvestitionen	1,3	1,5	2,5	1,1	1,5	2,5	3,0
Ausrüstungen	0,5	0,5	2,0	0,5	1,0	2,0	2,5
Bauten	1,9	2,0	3,0	1,5	2,0	2,5	3,0
Ausfuhr	-0,8	2,0	2,0	1,9	2,5	2,0	2,5
Einfuhr	-4,1	0,5	3,0	0,1	1,0	3,0	3,0
Bruttosozialprodukt	2,0	2,0	2,0	1,6	2,0	2,0	2,5
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 081,5	1 121,5	1 159,5	528,4	593,0	546,5	613,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	871,2	903,0	933,5	425,3	477,5	439,5	494,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	580,6	603,0	617,0	287,3	315,5	293,5	323,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	486,8	537,0	564,0	259,0	278,0	272,5	291,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	415,9	460,5	481,0	223,2	237,5	234,5	246,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ³⁾	366,7	364,0	400,5	172,8	191,0	190,5	210,0
Nichtentnommene Gewinne	49,2	96,5	80,0	50,4	46,5	44,0	36,0
Volkseinkommen	1 568,3	1 658,5	1 723,0	787,4	871,0	819,0	904,5
Abschreibungen	249,9	260,5	275,0	128,8	131,5	135,5	139,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	201,9	211,5	227,0	101,0	110,5	109,0	118,0
Bruttosozialprodukt	2 020,1	2 130,5	2 225,5	1 017,2	1 113,0	1 063,5	1 162,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,9	3,5	3,5	4,0	3,5	3,5	3,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,9	3,5	3,5	3,9	3,5	3,5	3,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	2,8	4,0	2,5	4,1	3,5	2,0	2,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,0	3,0	2,5	3,3	2,5	2,5	2,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	1,9	3,0	1,5	3,5	3,0	1,5	1,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	4,0	10,5	5,0	10,3	10,5	5,0	5,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	5,5	10,5	4,5	10,2	11,0	5,0	4,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ³⁾	3,7	-1,0	10,0	-1,5	0,0	10,0	10,0
Volkseinkommen	3,9	5,5	4,0	6,0	5,5	4,0	4,0
Abschreibungen	3,8	4,0	5,5	4,0	4,5	5,0	6,0
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	3,5	4,5	7,5	4,5	5,0	8,0	7,0
Bruttosozialprodukt	3,9	5,5	4,5	5,6	5,5	4,5	4,5
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte a) Mrd. DM							
Nettolohn- und -gehaltsumme	580,6	603,0	617,0	287,3	315,5	293,5	323,5
Empfangene laufende Übertragungen ⁴⁾	326,9	342,0	352,5	168,8	173,0	175,0	177,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	414,1	420,0	449,0	204,1	216,0	212,5	236,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	17,4	17,0	17,5	8,5	8,5	8,5	9,0
Geleistete laufende Übertragungen ⁵⁾	35,2	35,5	37,0	17,3	18,5	18,0	19,0
Verfügbares Einkommen	1 269,0	1 312,5	1 364,0	634,4	678,0	654,5	709,0
Privater Verbrauch	1 112,0	1 153,0	1 204,5	555,6	597,5	579,0	625,5
Ersparnis	157,0	159,0	159,5	78,9	80,5	76,0	83,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	12,4	12,0	11,5	12,4	12,0	11,5	12,0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1987	1988	1989	1988		1989	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltssumme	2,8	4,0	2,5	4,1	3,5	2,0	2,5
Empfangene laufende Übertragungen ⁴⁾	5,0	4,5	3,0	4,6	4,5	3,5	2,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	4,8	1,5	7,0	2,4	0,5	4,0	9,5
Verfügbares Einkommen	4,2	3,5	4,0	3,8	3,0	3,0	4,5
Privater Verbrauch	4,1	3,5	4,5	4,4	3,0	4,0	4,5
Ersparnis	5,5	1,5	0,0	0,3	2,5	- 4,0	4,0
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁶⁾							
a) Mrd. DM							
Einnahmen							
Steuern	491,9	512,5	549,0	239,6	273,0	256,0	293,0
Sozialbeiträge	350,7	366,5	380,0	173,7	193,0	180,0	200,0
Erwerbseinkünfte	27,8	20,5	30,0	9,7	10,5	19,5	10,5
Sonstige laufende Übertragungen	21,7	23,5	24,5	12,5	11,0	12,0	12,5
Empfangene Vermögensübertragungen	6,3	6,5	7,0	3,1	3,5	3,0	4,0
Einnahmen insgesamt	898,4	930,0	990,0	438,6	491,0	470,5	519,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	397,2	410,5	419,5	189,2	221,5	194,0	225,0
Zinsen	57,9	59,5	60,5	32,5	27,0	33,0	27,5
Laufende Übertragungen	413,5	436,5	450,5	214,3	222,5	223,0	227,5
Private Haushalte	333,2	349,5	361,5	173,3	176,0	179,5	182,0
Unternehmen	48,1	50,5	52,0	23,8	26,5	24,0	28,0
Ausland	32,2	36,5	37,0	17,2	19,5	19,5	17,5
Geleistete Vermögensübertragungen	31,6	32,0	33,5	13,2	18,5	14,0	19,5
Nettoinvestitionen	33,9	36,5	38,5	14,7	21,5	14,5	23,5
Ausgaben insgesamt	934,0	974,5	1 002,5	463,9	511,0	479,0	523,5
Finanzierungssaldo	- 35,7	- 45,0	- 12,5	- 25,3	- 19,5	- 8,5	- 4,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	3,9	4,0	7,0	4,9	3,5	7,0	7,5
Sozialbeiträge	3,9	4,5	3,5	5,1	4,0	3,5	4,0
Erwerbseinkünfte	- 18,0	- 26,5	46,0	- 43,2	- 0,5	100,5	- 3,0
Sonstige laufende Übertragungen	- 4,3	9,5	3,0	6,4	13,0	- 3,0	9,5
Empfangene Vermögensübertragungen	7,5	6,0	3,0	16,4	- 2,0	- 1,0	6,5
Einnahmen insgesamt	2,9	3,5	6,5	3,1	4,0	7,5	6,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	3,8	3,5	2,0	3,1	3,5	2,5	2,0
Zinsen	1,2	3,0	2,0	1,0	5,5	1,5	2,0
Laufende Übertragungen	5,0	5,5	3,0	5,2	6,0	4,0	2,5
Private Haushalte	4,9	5,0	3,5	4,9	5,0	3,5	3,5
Unternehmen	6,4	5,0	3,0	9,6	1,0	1,0	4,0
Ausland	3,2	13,5	1,5	2,0	26,0	12,5	- 8,5
Geleistete Vermögensübertragungen	- 0,7	0,5	6,0	- 0,4	1,5	7,5	5,0
Nettoinvestitionen	2,2	7,0	5,5	17,4	0,5	0,0	9,5
Ausgaben insgesamt	3,9	4,5	3,0	4,2	4,5	3,0	2,5

1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde. — 2) Zu den Problemen bei der Berechnung der Verwendungsseite vgl. Seite 13 und 14. — 3) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 4) Soziale Leistungen nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge, Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — 5) Nichtzurechenbare Steuern, freiwillige Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 6) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Quellen: 1987 und erstes Halbjahr 1988 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1988) und eigene Berechnungen; zweites Halbjahr 1988 Schätzungen des DIW; 1989 Prognose des DIW. Prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Sachkapazitäten und auf dem Arbeitsmarkt von vornherein verhindert werden sollen, indem das Wachstum der Nachfrage auf das noch immer zu geringe Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials beschränkt wird, ist defensiv. Sie schließt aus, daß Produktionsengpässe durch eine Verstärkung des Potentialwachstums überwunden und dabei die Arbeitslosigkeit sowie die Leistungsbilanzüberschüsse vermindert werden. Erst wenn den Unternehmen mit einer kräftig wachsenden Nachfrage nach ihren Erzeugnissen und Dienstleistungen anhaltende oder gar zunehmende Engpässe signalisiert werden, reagieren sie in wachstums- und beschäftigungspolitisch sowie außenwirtschaftlich erwünschter Weise. Sie werden neben Rationalisierungsinvestitionen vermehrt arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen vornehmen und sich verstärkt um die Qualifizierung von Arbeitskräften bemühen.

Eine Übersteigerung der Binnennachfrage ist aber nicht zu befürchten. Auch ohne geldpolitische Dämpfungsmaßnahmen wird die Gesamtnachfrage im Verlauf dieses Jahres nicht schneller expandieren als das Produktionspotential. Zwar wird die Preissteigerungsrate 1989 höher sein als in den drei vorangegangenen Jahren; aber nach dem Wegfall der von den internationalen Rohstoffmärkten und von den Wechselkursbewegungen ausgehenden preissenkenden Einflüsse war eine Rückkehr zum Preistrend von etwa 2 vH ohnehin zu erwarten.

Zu dieser Preisprognose paßt natürlich nicht die Vorstellung, daß mit den hohen privaten Geldbeständen infla-

torisches Potential gebildet worden sei, das schließlich zu inflatorischen Mehrausgaben genutzt werde. Drei Jahre lang sind die Geldbestände, insbesondere der Bargeldumlauf und die Sichteinlagen, sehr viel stärker gestiegen als die volkswirtschaftlichen Umsätze, ohne daß dabei das inländische Zinsniveau tendenziell gesunken wäre (vgl. den Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und die annähernde Konstanz der Geldmarkt- und Kapitalmarktzinsen in der Tabelle „Indikatoren für die Geldpolitik“). Dies spricht dafür, daß das Unsicherheitsmotiv bei der starken Erhöhung der Liquiditätspräferenz eine wesentliche Rolle gespielt hat: Private Haushalte und Unternehmen haben einen großen Teil ihrer Geldersparnisse oder nicht-investierten Gewinne liquide angelegt, da sie, vor allem unter dem Einfluß der Wechselkurschwankungen und der dabei entstandenen Unsicherheit über die Richtung von Geldpolitik und Anleihezinsen, vor einer längerfristigen Bindung ihrer Geldvermögen zurückschreckten. Im vorigen Jahr kam hinzu, daß viele Sparer in Erwartung der Quellensteuer vermehrt „quellensteuerfreie“ Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist bildeten, Operationen, die zu einer statistischen Erhöhung der Geldhaltung beitrugen.

Die Empfehlung an die Geldpolitik kann nur lauten: Sie sollte auf einen restriktiven Kurs verzichten und für eine Stabilisierung der Zinserwartungen sorgen. Eine Verstärkung der vor allem finanzpolitisch verursachten Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage muß vermieden werden.

— Der nächste Wochenbericht erscheint am 19. Januar 1989 —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp (beurlaubt)

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1989. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW. —

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten

noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾								Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1980		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾					
			Bergbau		Elektrizi- täts- und Gasversor- gung		Verarbei- tendes Gewerbe		Bauhaupt- gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr			
			in 1000		1985 = 100								1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾			
			mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1986	J	7017		100,3		94,5		103,6		115,1		98,4		38,9		32,6		
	F	7031	7030	99,4	100,4	104,1	100,7	102,6	103,2	98,4	106,1	98,5	98,4	37,4	37,9	33,0	32,8	
	M	7043		101,5		103,6		103,4		104,7		98,2		37,3		32,8		
	A	7055		100,0		100,4		103,6		103,6		100,3		39,2		34,0		
	M	7061	7061	96,2	97,0	97,0	98,3	102,5	103,0	102,3	104,3	101,0	100,8	36,7	38,2	33,6	33,7	
	J	7068		94,9		97,6		102,9		107,0		101,0		38,6		33,4		
	J	7079		97,4		102,0		103,6		107,0		98,9		37,5		32,8		
	A	7077	7079	97,2	96,3	101,1	101,6	102,5	102,9	105,9	106,6	98,6	99,8	37,6	37,5	32,6	33,0	
	S	7081		94,2		101,7		102,7		107,0		101,8		37,3		33,7		
	O	7082		93,4		98,7		102,7		108,0		100,0		37,4		33,8		
	N	7080	7081	94,2	93,2	97,6	98,6	102,6	102,6	114,8	111,4	98,1	100,5	37,3	37,3	33,5	33,6	
	D	7081		91,9		99,5		102,6		111,3		103,4		37,2		33,5		
1987	J	7080		95,0		108,3		100,4		90,2		101,5		36,9		34,0		
	F	7075	7076	94,8	93,9	100,9	103,5	103,2	101,8	105,3	96,8	101,1	101,3	39,0	38,0	33,9	34,1	
	M	7072		92,0		101,2		101,9		95,0		101,2		38,0		34,5		
	A	7071		96,0		101,8		103,8		109,3		104,1		38,5		35,1		
	M	7065	7065	97,8	96,0	108,6	105,2	104,1	103,5	109,9	109,4	100,2	102,7	39,2	38,8	34,9	35,2	
	J	7061		94,1		105,2		102,6		109,0		103,8		38,8		35,7		
	J	7049		88,4		103,1		100,9		105,8		104,9		38,5		34,7		
	A	7044	7045	91,9	89,8	105,3	103,1	104,3	102,9	110,6	108,5	102,1	103,9	38,2	38,7	34,6	34,8	
	S	7041		89,2		101,0		103,6		109,1		104,7		39,4		35,2		
	O	7032		89,0		104,8		103,7		106,7		105,5		39,4		36,4		
	N	7033	7035	86,7	89,0	100,4	102,2	103,9	104,0	113,4	108,6	105,5	106,7	39,6	39,7	36,1	36,1	
	D	7040		91,4		101,4		104,3		105,6		109,0		40,1		35,8		
1988	J	7032		90,4		100,5		105,5		123,4		102,9		38,2		33,9		
	F	7030	7031	88,9	89,0	100,0	100,0	104,8	105,5	122,8	119,1	106,4	107,2	38,4	39,0	35,5	35,6	
	M	7032		87,8		99,5		106,1		111,0		112,4		40,4		37,5		
	A	7028		91,1		108,6		105,1		104,0		101,2		39,6		35,0		
	M	7039	7037	84,6	85,8	102,2	104,6	106,0	106,4	107,7	106,0	106,1	105,3	41,8	42,0	38,0	36,5	
	J	7043		81,6		102,9		108,0		106,2		108,6		44,5		36,5		
	J	7034		89,8		112,0		103,7		98,9		102,1		42,1		37,5		
	A	7044	7039	83,9	86,6	106,6	109,2	109,4	107,4	107,2	100,9	107,0	106,1	42,6	41,8	37,1	37,0	
	S	7039		86,1		108,9		109,2		102,6		109,3		40,8		36,5		
	O	7037		87,4		110,9		108,1		103,0		103,3		43,6		40,7		
	N			84,8		106,7		107,6		105,4				43,4		38,2		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾											
						Insgesamt	dav.: Hauptgruppen						Inland		Ausland		
							Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe	Investitions- gütergewerbe	Verbrauchs- gütergewerbe								
in 1000				1980 = 100													
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1986	J	2283		136		110,0		107,9		113,9		102,1		102,0		127,3	
	F	2291	2280	139	140	109,5	110,0	103,3	105,6	116,5	115,7	100,2	100,9	100,0	101,5	130,1	128,1
	M	2266		147		110,4		105,6		116,6		100,5		102,6		126,9	
	A	2240		150		109,1		106,0		114,6		99,6		101,3		126,1	
	M	2242	2234	157	155	109,8	109,7	105,0	104,8	116,1	116,1	99,9	99,9	103,2	102,4	123,7	125,3
	J	2221		160		110,2		103,4		117,6		100,2		102,8		126,1	
	J	2207		160		109,0		105,2		114,0		100,8		101,3		126,0	
	A	2200	2199	163	162	106,7	107,7	105,0	104,7	110,2	111,7	99,2	100,6	100,3	100,8	120,9	122,7
	S	2191		162		107,3		103,8		110,8		101,8		100,9		121,2	
	O	2180		162		106,5		102,9		109,5		101,8		98,8		122,9	
	N	2173	2174	162	163	105,6	106,5	103,5	103,7	108,6	109,8	99,5	100,8	98,5	99,4	121,2	121,8
	D	2169		164		107,5		104,6		111,2		101,0		101,0		121,4	
1987	J	2203		165		104,5		101,8		107,9		98,7		97,1		121,0	
	F	2197	2208	168	167	106,9	105,5	106,1	103,7	109,4	108,2	101,0	100,3	100,8	98,8	120,3	120,2
	M	2223		169		105,0		103,2		107,4		101,1		98,4		119,3	
	A	2226		171		108,6		105,9		112,3		101,9		100,6		125,5	
	M	2217	2228	169	170	106,9	107,5	106,4	106,5	109,5	110,4	101,0	101,3	99,4	99,3	123,2	125,2
	J	2241		169		107,0		107,1		109,4		100,9		98,0		126,8	
	J	2253		171		107,2		106,5		109,7		100,9		98,8		125,4	
	A	2247	2251	172	173	112,7	110,2	108,3	108,1	117,7	113,8	104,5	102,7	105,2	101,9	128,9	128,4
	S	2252		177		110,8		109,4		114,0		102,7		101,6		130,9	
	O	2247		178		109,8		109,1		113,1		100,6		101,3		128,4	
	N	2237	2247	174	174	109,7	109,4	110,6	109,7	112,1	112,0	100,6	100,8	101,2	100,3	128,2	129,2
	D	2258		171		108,7		109,3		110,7		101,3		98,4		131,0	
1988	J	2225		176		111,8		111,7		114,4		103,9		103,5		129,8	
	F	2226	2234	177	177	112,4	112,8	113,0	113,1	113,8	114,8	105,8	105,6	103,7	103,7	130,8	132,3
	M	2251		179		114,1		114,6		116,2		107,0		103,9		136,4	
	A	2271		184		113,6		113,6		116,3		105,6		104,1		133,8	
	M	2268	2270	184	185	114,7	114,8	115,8	114,9	117,8	118,0	106,2	106,1	104,4	104,8	136,8	136,1
	J	2271		188		116,0		115,2		120,0		106,4		105,8		137,7	
	J	2272		190		115,3		110,7		121,6		104,6		106,7		134,0	
	A	2250	2256	194	195	117,8	117,2	115,2	113,8	122,1	122,4	109,2	106,9	107,2	107,4	140,8	138,4
	S	2245		200		118,4		115,6		123,6		106,8		108,3		140,5	
	O	2229		202		114,7		112,2		119,8		103,1		104,1		137,7	
	N	2197	2190	202	202	116,1		115,9		119,5		105,5		105,3		139,4	
	D	2143		203													

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt